

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Postfachkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauhaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 18093. — Verlag in Leipzig,**  
Tauhaer Straße 19/21 — **Telephon 4506**

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonellzeile oder deren Raum 1.00 M., bei Platzvorschritt 2.00 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonellzeile 7.50 M. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Reine Einigung in der Kohlenlieferungsfrage.

Reden von Stinnes und Hüb.

Spa, 10. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 10 1/2 Uhr eröffnet. Minister Dr. Simons erklärte, er wolle den Alliierten nicht das Recht zu den beabsichtigten Maßnahmen zugestehen, da ein böswilliges Unterlassen Deutschlands bei der Nichterfüllung der Kohlenlieferungen nicht vorliege, Maßregeln, die Deutschland wieder als Diktat auferlegt werden sollten. Die deutsche Regierung habe beabsichtigt, in der mit der ganzen Wiedergutmachungsfrage in Zusammenhang stehenden Kohlenfrage bestimmte Pläne vorzulegen, die den berechtigten Ansprüchen, und besonders denen Frankreichs, Rechnung trügen. Er hätte es für zweckmäßig gehalten, wenn die ganze Frage von einer Sachverständigenkommission geprüft würde, neben der Deutschland noch drei andere Kommissionen vorschlagen wollte, eine für die technischen Fragen der industriellen Leistungen an die Alliierten, die zweite für die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete und die dritte für die Wirtschaftsfragen und die der Finanzierung der deutschen Sach- und Arbeitsleistungen und der internationalen Geldfragen. Die Kohlenfrage sei für alle die schwerwiegendste; sie könne nur im Einverständnis mit den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern gelöst werden. Er bitte daher darum, die anwesenden Vertreter dieser beiden Gruppen zu Worte kommen zu lassen. Sie sprächen nicht im Namen der Regierung, sondern was sie hier sagten, sei ihre persönliche Ansicht und die Ansicht derer, die sie vertreten.

Hugo Stinnes ergriß darauf das Wort und führte im einzelnen aus, was bereits geschehen sei, um die Förderung von Kohlen zu erhöhen, und was zur weiteren Erhöhung der Förderung noch in Aussicht genommen sei. Er wandte sich in scharfer und ausdrucksvoller Weise gegen die Drohung, daß die Entente bei Nichterfüllung der von ihr gestellten Bedingungen ins Ruhrgebiet einmarschieren würde. Sie würde dann keineswegs eine vermehrte Förderung erzielen, sondern die Folge würde sofort ein wesentliches Herabfallen der Förderziffern sein. Die Bedingungen des Bergbaus seien ohnehin durch die Bedingungen des letzteren abgeschlossenen militärischen Abkommens außerordentlich erschwert, da es nur unter erheblichen Anstrengungen möglich sein werde, die einzelnen Punkte durchzuführen.

Als Vertreter der Arbeiter erklärte Hüb, die deutsche Bergarbeiterchaft habe, obgleich entkräftet durch die langjährige Hungerblockade und unter ungenügenden Morbiditäts- und Mortalitätsverhältnissen lebend, sich entschlossen, die Wehrförderung an Kohle, die in erster Linie Frankreich zugute komme, durch Leistung von Wehrleistungen zu erfüllen. Die Arbeiterchaft Deutschlands stehe aber nie die Frankreichs, Englands und Amerikas auf dem Standpunkte, daß das erstrebenswerte Ziel die Selbstständigkeit sei. Die ganze Kohlenfrage sei eine internationale Frage, die nur durch internationale Abmachungen gelöst werden könne. Die Vertreter der deutschen Arbeiterchaft seien gern nach Spa gekommen, um an dieser internationalen Aufgabe mitzuarbeiten; die Alliierten sollten aber nicht glauben, daß die Diplomaten am grünen Tisch irgendwas feststellen könnten, wenn die Arbeiter nicht bereit seien, es anzuknüpfen. Er hoffe, daß die Alliierten ihm Gelegenheit geben würden, in einer Sachverständigenkommission in nähere Besprechungen einzutreten.

Die Sitzung wurde darauf auf 4 1/2 Uhr nachmittags vertagt.

### Die Antwort Millerands — Beratungen der Sachverständigen.

Spa, 10. Juli. In der heutigen Nachmittagsitzung der Konferenz erklärte Millerand im Namen der Alliierten, daß die Entente es für höchst wünschenswert halte, daß man sich mit Deutschland durch Sachverständigenberatungen über die Kohlenfrage so rasch als möglich einigt. Er schlug deshalb den sofortigen Zusammentritt der beiderseitigen Sachverständigen zu Kommissionsberatungen vor.

Die deutsche Delegation stimmte zu, und die beiderseitigen Sachverständigen traten sofort zu einer Sitzung zusammen. Nach einer Pause machte Minister Dr. Simons längere Ausführungen über die Wiedergutmachungsfrage und erklärte sich bereit, die deutschen Vorschläge schriftlich in kürzester Frist, voraussichtlich bis morgen abend, vorzulegen. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag, 5 1/2 Uhr nachmittags, zur Entgegennahme des Berichts der Kohlenkommission vertagt.

### Aussetzung der Entscheidung.

Spa, 11. Juli. Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende, Ministerpräsident Delacour, mit, der britische Ministerpräsident sei unpäßlich; daher müsse die Entscheidung in der Kohlenfrage, über die die beiderseitigen Sachverständigen seit gestern berieten, bis zur nächsten Sitzung verschoben werden.

Ministerpräsident Millerand verlas den Bericht der alliierten Sachverständigen, betonte, die Entscheidung der Alliierten werde erst morgen erfolgen, und ersuchte um Ueberreichung der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge.

Reichsminister Dr. Simons führte darauf aus, nach dem von Millerand verlesenen Bericht werde von Deutschland monatlich das 2 1/2fache des in dem deutschen Kohlenwirtschaftsvorschlag angelegten Kohlenquantums verlangt, wonach der deutschen Industrie nur ein Drittel ihres notwendigen Kohlenbedarfs verbleiben würde. Auf sein Ersuchen wurde die Sitzung zu einer internen Besprechung der deutschen Delegierten auf kurze Zeit vertagt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung handigte Reichsminister Dr. Simons mehrere Exemplare der deutschen Wiedergutmachungsvorschläge dem Generalsekretär der Konferenz ein. Er

ersuchte dabei die Konferenz, die Gesamtheit der deutschen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage an Hand dieser als einen unteilbaren Plan anzusehen, die Vorschläge zusammen mit der Kohlenfrage zu prüfen und vorläufig eine Entscheidung in der Kohlenfrage anzusehen.

Die Sitzung wurde darauf auf Montag, vormittags 11 Uhr, vertagt.

Ueber die Sonntags-Sitzungen meldet der Bericht: erstatter der T. M. noch folgendes: Am Nachmittag wurden innerhalb der deutschen Delegation die Entwürfe für die Wiedergutmachung fertiggestellt, die der Außenminister Simons am Sonntagabend schon skizziert hatte und die im Laufe des gestrigen Nachmittags den alliierten Delegierten unterbreitet werden sollten. Daneben fanden während des ganzen Tages Beratungen der Sachverständigen über die Kohlenfrage statt. Am Vormittag schienen die Aussichten für die Einigung in dieser Frage nicht ungünstig zu sein. Später zeigten sich jedoch erhebliche Schwierigkeiten. Um 5 1/2 Uhr die Vollkonferenz zusammentrat, wurden die deutschen Delegierten mit der Mitteilung empfangen, daß ein Ergebnis in der Kohlenfrage noch nicht erzielt worden sei. Minister Simons beantragte daher, daß unter diesen Umständen auch die Vorlegung der deutschen Wiedergutmachungspläne aufgeschoben werden solle, da die Kohlenfrage einen wesentlichen Bestandteil dieser Pläne bilde. Da dieser Forderung von der Gegenseite und besonders von Millerand lebhaft widersprochen wurde, zog sich die deutsche Delegation zu einer gesonderten Beratung zurück, in der sie mit Rücksicht darauf, daß die Ueberreichung der Pläne für den Nachmittag vorgesehen worden war, beschloß, auf ihrer Weigerung nicht zu bestehen. Die Pläne wurden jedoch mit dem ausdrücklichen Vorbehalt überreicht, daß ihre Ausführung nur auf der Grundlage einer Verständigung in der Kohlenfrage möglich sei. Weitere Verhandlungen fanden nicht statt, da Lloyd George wegen Krankheit sich hatte entschuldigen lassen.

### Die deutschen Vorschläge.

Spa, 12. Juli. (T. M.) Der Gegenentwurf der deutschen Sachverständigen in der Kohlenfrage lautet:

Unter der Voraussetzung, daß die bisherige Teillieferung im Durchschnitt pro Tag erhalten bleibt und daß diese Teillieferung in der Höhe derjenigen des Monats Mai 1920 zur Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung in Deutschland bleibt, bieten wir den alliierten Mächten eine Menge von 44 000 Tonnen im Durchschnitt pro Arbeitstag zur vorberechtigsten Lieferung an Deutschlands Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand werden bei dieser Produktion und dieser Lieferung an die Entente unter der Annahme, daß gegenüber 1913 kein wesentlicher Mehrverbrauch eingetreten ist, mit zum 58 Prozent ihres Verbrauchs von 1913 befähigt, wie die beifolgenden Tabellen aufweisen. Bei Berechnung dieses Prozentsatzes ist der Mehrverbrauch infolge der starken Qualitätsverschlechterung der Kohlen nicht berücksichtigt worden. Wir bitten, die Wiedergutmachungskommission zu veranlassen, einen entsprechenden Beschluß zu fassen. Es ist unmöglich, ein festes Programm für die Kohlenverteilung im Innern einzuhalten, zumal jeweilige Umstände und die Transportverhältnisse in nicht vorher zu überblickender Weise diese Verteilung beeinflussen. Solche Umstände sind z. B. Hochwasser oder Wassermangel des Rheins oder der Oder, Frühbruch, Zuckerkampagne, Kartoffeltransporte. Die Verteilung des Reichskommissars muß beweglich sein, um den ständig wachsenden Anforderungen des Tages für die rund 88 000 industriellen Betriebe in Deutschland gerecht werden zu können. Zu Punkt 4 erübrigt sich eine Neuherung der Sachverständigen. Wir beabsichtigen, 50 000 Bergleute einzustellen und für diese die erforderlichen Wohnungen zu bauen. Wir erwarten davon eine Mehrförderung von 6,7 Tonnen pro Mann und Tag. Von dieser Mehrförderung, die über den arbeitsmäßigen Durchschnitt im Mai 1920 (rund 440 000 Tonnen in 23 Arbeitstagen) erreicht wird, erhalten die alliierten Mächte für das erste Jahr, von jetzt an gerechnet, 40 Prozent, für die nächsten 3 Jahre 25 Prozent, während die restliche Menge zur freien Verfügung Deutschlands bleiben muß. Ueber die näheren Modalitäten, die zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bergleute aufzubringenden Mittel, bleibt die Entscheidung einer besonderen Konferenz in Essen unter Hinzuziehung der Gewerkschaften vorbehalten. Auch muß über den aus wirtschaftlichen Gründen erforderlichen Preisunterschied zwischen Ruhrkohle und Saarkohle beraten werden.

### Die Franzosen halten an ihren Bedingungen fest.

Berlin, 12. Juli. (T. M.) Ueber die Beratungen der Sachverständigen in Spa verlautet, daß die Franzosen im wesentlichen an den von Millerand in der Konferenz vorgelegten Entschädigungsleistungen festhalten. Wie der Sonderkorrespondent der T. M. berichtet, wurden von den bekannten vier Punkten dieser Entschädigung nur in Punkt 5 Zugeständnisse gemacht, und zwar in der Richtung, daß die in Berlin einzusetzende Kontrollkommission sich nur allgemein mit dem Verteilungsplan der Kohlen in Deutschland zu befassen hat, nicht aber in die Frage der Einzelbelieferungen einzutreten habe. Ueber die genaue Auslegung der rechtlichen Eingriffsbestimmungen ist vorläufig noch nicht entschieden worden.

### Bevorstehende Abreise Millerands.

Paris, 10. Juli. (Havas.) Millerand wird am 13. Juli nach Paris zurückkehren und dann einen Kabinettsrat abhalten.

## Die starken Männer in Spa.

Vor der Abreise nach Spa führte die neue Regierung im Reichstage noch schnell ein Rührstück auf und gebärdete sich zugleich als stark, indem sie hervorhob, sie werde nur unterschreiben, was mit der deutschen Ehre und den deutschen Interessen verträglich sei. Unter den deutschen Interessen verstand sie vor allem die Erhaltung des Militarismus und der andern konterrevolutionären militärischen Einrichtungen, wie: Einwohnerwehren und Sicherheitspolizei. Herr G e h l e r hat sogar den Ausfragern erklärt, er lege sein Amt nieder, wenn Deutschland gezwungen werde, die 200 000 Soldaten auf die Hälfte zu verringern. Und das, obwohl die Entente in ihrer Antwort auf die deutschen Noten keinen Zweifel gelassen hatte, daß sie im Punkt Militarismus und Abrüstung nicht nachgeben werde.

Man hätte also annehmen dürfen, daß die Regierungsvertreter in Spa nicht fruchtlose Versuche machen würden, die Entente in diesem Punkt umzustimmen, denn eine Blamage war ihnen doch ganz sicher. Herr F e h r e n b a c h, G e h l e r und v. S e e k t gingen aber so weit, der Entente einreden zu wollen, die Erhaltung des deutschen Militarismus liege im Interesse der Entente, ja ganz Europas. Mit einer Beharrlichkeit, die wirklich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, schoben sie immer die böswillige Gefahr in den Vordergrund, wobei sie das deutsche Volk der Entente demunzierten, als sei es im geheimen bis an die Zähne bewaffnet; drei Millionen Gewehre und andre Waffen sollten noch in seinen Händen sein. Nicht darauf gingen die Herren G e h l e r und v. S e e k t ein, daß die Landwirtschaft und das Bürgertum bewaffnet sind, sondern sie stellten es so dar, als ob es sich um die Arbeiterchaft handle. Die Entente kam ihnen insoweit entgegen, als sie die Frist zur Herabsetzung der Soldner auf 100 000 Mann um ein halbes Jahr verlängerte und ihnen auch sonst noch Konzessionen einräumte. Die Wehren und die grüne Polizei sind abuschaffen, weil sie zentral geleitete, militärische Einrichtungen sind.

Nachdem die Regierung das Protokoll unterschrieben hat, ist es ihre Aufgabe, den Kreisen der Bevölkerung, die sich noch immer nicht an die Verminderung des Militarismus gewöhnen können, die Notwendigkeit und das Nützliche klarzumachen. Statt dessen schlägt sie den entgegengekehrten Weg ein. Als geradezu verhängnisvoll muß das Auftreten G e h l e r s im Hauptauschuß bezeichnet werden, wenn der Bericht des Wolffschen Bureaus richtig ist. Dort behauptete er, die Verminderung der 200 000 Mann sei für L o n d o n G e o r g e nicht der springende Punkt gewesen, sondern die Entwaffnung der Bevölkerung; das Herausziehen der Waffen aus der Bevölkerung sei sogar als das Wesentliche hingestellt worden, demgegenüber die Verminderung der Reichswehrtruppen in der Frage der Entwaffnung an Wichtigkeit gegenüber jener Frage zurücktrete. Dieser, die Tatsachen verschleiерnden Ausführungen muß entschieden entgegengetreten werden. Der wesentlichste Punkt in der Abrüstungsfrage ist die Verminderung des Heeres auf hunderttausend Mann und die Auflösung der Wehren.

Wenn jetzt noch die Frage behandelt wird, ob die deutschen Vertreter die Strafklausel abgelehnt oder anerkannt hätten, so ist dies müßig; erfüllt die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht, so tritt, wie Lloyd George ausdrücklich hervorgehoben hat, die Strafklausel in Kraft. Reden, wie die von Gehler, müssen den Eindruck erwecken, als ob die Regierung die eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllen will; wozu dann noch kommt, daß die süddeutschen Regierungen, ganz besonders die bayerische, erklären, sie denken nicht an die Auflösung der Wehren.

Die Verhandlungen über die Kohlenfrage und die andern wirtschaftlichen Fragen machen den Eindruck, als ob eine Verschleppungspolitik getrieben werden soll. Wenn auch zugegeben werden muß, daß die Kohlenfrage mit den andern wirtschaftlichen Fragen zusammenhängt, und letzten Endes auch im Zusammenhang mit diesen gelöst werden muß, so lassen sich vorher doch Feststellungen über Kohlenförderung und -lieferung machen. Es tritt hier wieder das selbe Bestreben hervor wie bei der Behandlung der Abrüstungsfrage, und nur die Erfahrung, die die deutschen Vertreter mit ihrer Taktik bei der Abrüstungsfrage machten, hat sie belehrt, so daß sie hier dann schnell anknüpfen.

Zur Behandlung der Wirtschaftsfragen hat die deutsche Regierung der Entente Denkschriften unterbreitet und zur Ausprache noch eine Anzahl Wirtschaftsvertreter mitgebracht. Was sich gleich der erste Kapitalvertreter S t i n n e s geleistet hat, ist ein Skandal. Schon daß die Regierung diesen Mann als Sachverständigen mitgenommen hat und ihn der Entente präsentierte, ist unerhört, ist eine Herausforderung ohne gleichen. Wie stark aber trotz aller gegenfälligen Interessen die kapitalistische internationale Solidarität ist, geht daraus hervor, daß die Entente-Vertreter Stinnes als deutschen Sachverständigen anerkennen und anhören; wenn ihm auch bei besonders grobköpfigen



Bemerkungen Klagen erteilt wurden. Die Entente weiß, daß Stinnes einer der Hauptschuldigen an der Zerstörung der französischen und belgischen Industrie und an der Deportation der belgischen Bevölkerung nach Deutschland ist. Diese Taten haben den deutschen Namen für alle Zeiten unauslöschlich geschnitten, und die arbeitende Bevölkerung muß es gerade jetzt deutlich aussprechen, daß sie mit diesen Vertretern auch nicht das geringste gemein hat. Sie könnte ihn höchstens als Sachverständigen für methodische und mörderische Ausplünderung der Bevölkerung anerkennen, aber nicht als Sachverständigen für Völkerveröhnung, für Wiedergutmachung und Aufbau. Wenn er davon gesprochen hat, die Kohlenfrage, d. h. die Förderung und Verteilung, sei ein internationales Problem, so meint er es nicht im Sinne der arbeitenden Bevölkerung, sondern im Sinne der Ausbeuter. Es kommt ihm darauf an, daß sich die kapitalistischen Sachverständigen einigen, um dem Volk das Fell über die Ohren zu ziehen. Aus dieser Ansicht macht er auch nicht das geringste Hehl, denn er sagt ausdrücklich, die Arbeitszeit müsse verlängert werden.

Im Gegensatz dazu steht die Rede Huus, von der der Vorkämpfer behauptet, sie sei zugleich im Namen aller Richtungen der Bergarbeiterbewegung gehalten worden. Huus betonte, die Bergarbeiter bestünden auf dem Sechstundentag; die Kohlenförderung und -verteilung müsse international geregelt werden. Ist diese Aufgabe aber unter dem kapitalistischen System mit seinen gegensätzlichen Interessen der Kapitalisten zu lösen? Und noch eine Frage: Hat nicht auch Huus mit dazu beigetragen, daß der Kampf um den Sechstundentag, als dessen warmer Befürworter er dort auftritt, in Deutschland abgebrochen wurde?

Auch die Stimmen, die das Auftreten Huus lobten, weil er den Ententevertretern ins Gewissen gesprochen hat, vergessen, daß die Arbeiterinteressen von solchen Konzilien, wie dem in Spa, nicht gewahrt werden. Es ist sicher gut, wenn in einem solchen Kreise von Kapitalisten sich auch eine sozialistische Stimme erhebt, aber es ist dringend vor der Auflosung zu warnen, als ob sich hartgesottene Kapitalisten durch sozialistische Vernunftgründe umstimmen ließen. Die bürgerliche Presse ist hocherfreut, daß dort jetzt Verhandlungen gepflogen und es schließlich zu einer Einigung kommt, und sie schlachtet im besonderen auch die Rede Huus in ihrem Sinne aus. Wenn es dort zur Verständigung des internationalen Kapitalismus kommt, so wirkt das allerdings aufklärend, denn dann weiß das Proletariat, welche Last ihm das internationale Kapital aufhaben will, und es kann diesem seine eigene internationale Kampffront entgegenstellen.

## Der deutsche Plan für die zu leistenden Entschädigungen.

Spa, 11. Juli. Der heute von der deutschen Delegation vorgelegte Plan für die Entschädigungen gemäß Art. 238 und Anlage 4 zu Teil 1 des Friedensvertrags lautet:

A. Deutschland ist auf Grund des Art. 238 und der §§ 1-4 der Anlage 4 zu Teil 1 des Friedensvertrags verpflichtet, zum Zwecke der unmittelbaren Wiederherstellung der vom Kriege betroffenen Wirtschaft der alliierten und assoziierten Mächte diesen nach der Bestimmung des Wiedergutmachungsausschusses Material zu liefern, dessen Wert auf die Wiedergutmachungsschuld angerechnet wird. Der Wiedergutmachungsausschuss hat diese Leistungen noch nicht festgelegt. Der deutschen Regierung sind bisher lediglich die Anforderungen der beteiligten Staaten zur Verfügung mitgeteilt worden. Diese listen die wirtschaftlichen Gegenstände von Fischerei und Vieh, jeder Art Rohstoffe, industrieller Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Durchprüfung erfahren, die im wesentlichen beendet ist, so daß die darüber mit dem Wiedergutmachungsausschuss zu führenden Verhandlungen demnächst beginnen können. Dabei wird genau festzustellen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig angefordert werden und welche mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere den Mangel an Rohstoffen, ganz oder zum Teil unanforderbar sind.

B. Um eine möglichst beschleunigte und reibungslose Durchführung der Lieferungen sicherzustellen, erscheint folgender Plan zweckmäßig:

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie einschließlich des Handwerks für die Durchführung der ersten Lieferung. Die Organisation ist zweifach gegliedert: a) Soweit die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellt wird, erfolgt die Vergebung durch die Fachverbände der Industrie. Die Liste der bereits bestehenden Fachverbände ist als der als Anlage beigefügten Übersicht über den Aufbau des Reichsverbands der deutschen Industrie zu entnehmen.

b) Soweit es sich um Massenartikel, sogenannte Kalanlogare, handelt, an deren Herstellung aus Handwerk und Kleingewerbe beteiligt sind, werden die Lieferungen durch eine Ausschüsse auf die einzelnen Länder des Reichs verteilt. Die Länder vergeben die Lieferungen durch besondere Auftragsämter an Industrie und Handwerk. Solche Auftragsämter sind errichtet oder in der Bildung begriffen in Preußen — das außerdem Zweigstellen für die einzelnen Provinzen einrichten wird —, ferner in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und den Hansestädten. Sowohl die Länder als auch die Fachverbände werden auf Grund des Ausführungsgelehes des Friedensvertrags vom 31. August 1919 (Reichsgesetzblatt, Seite 1383) zu Verfügungsverbänden bestimmt. Als solche können sie nachfolgende im Zwangswege zur Verrichtung der angeforderten Leistungen angehalten werden. Außerdem übernehmen beide die Haftung für die tatsächliche Ausführung.

2. Die Entschädigungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen, damit die Auftragsämter und Fachverbände den gestellten Forderungen gerecht werden können. In welchem Umfange und in welcher Weise die Anrechnung der Sachlieferung erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt.

3. Die Spezialaufträge werden zwischen den mit der Verteilung beauftragten Stellen und Verbänden der liefernden Unternehmer einerseits und durch die von der deutschen Industrie geschaffene Vermittlungsstelle für Wiedergutmachungsaufträge andererseits vermittelt. Die Vermittlungsstelle ist bereits eingerichtet. Sie befindet sich in Frankfurt a. M., Gutfenstraße 8. Die Art, wie die verschiedenen Fachverbände und Regierungsstellen mit den Behörden und Interessensvertretungen der geschädigten Länder zusammenarbeiten, ist näher festzustellen.

4. Es empfiehlt sich, daß von jeder der beteiligten alliierten und assoziierten Mächte eine Doppelorganisation geschaffen wird, die eine für die Prüfung der Aufträge und die andere für die Empfangnahme der Lieferungen.

a) Die erste Organisation ist deswegen nötig, weil zu den Listen eine Menge von Schäden innerhalb der gestellten Fristen zur Berechnung der Entschädigung angemeldet worden ist, die inzwischen durch direkte Bestellung der Geschädigten bei der deutschen Industrie und durch Beschaffung aus Mitteln der Entschädigungsfonds der alliierten Regierungen erledigt worden sind.

b) Der zweiten Organisation würde auch die endgültige Abnahme der gelieferten Waren und die Abgabe etwaiger Mängel zu liegen.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Sicherheitsmaßnahmen sind gegen die Mißbräuchlichkeit auszuweisen, die sich bei bürokratischer Vermittlung von privaten Geschäften einschleichen.

7. Einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission — eine Liste der Mitglieder kann deutscherseits alsbald vorgelegt werden —, zu der nötigenfalls Regierungsvertreter zugezogen werden können, wird die Prüfung des Plans und seine Durchführung übertragen. Der Kommission werden Unterkommissionen für die einzelnen Warengruppen angegliedert. Sie soll sofort an die Arbeit gehen.

Sodann heißt es weiter:

1. Die deutsche Regierung sieht den Zweck der jetzigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparaturpflichten zu gelangen.

2. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Mark Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erheblicher höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung.

3. Eine Regelung für die Zukunft, die die deutsche Regierung als erstrebenswert anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Staat zu balancieren, Sogbi wird rasch wachsende weitere schwebende Verschuldung und Inflation jede Leistungsfähigkeit untergraben.

4. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überreichen Denkschriften, die sich davon aus, daß insbesondere keine weitere Schwächung der Grundlage der schon stark geschwächten deutschen Volkswirtschaft eintritt, und daß die unabwehrlichen weltwirtschaftlichen Hilfsquellen wiedergewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstigen Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einfließen können.

5. Wird die deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt, so ergibt sich folgendes:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten (Jahresleistungen) auszudrücken. Die Mindesthöhe der Annuität ist festzusetzen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrag von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist derart zu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrag von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen, die aus Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreis anzuzurechnen. Für einen bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar bezahlt werden. Soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch Sachleistung zu bedeckenden Teil der Annuitäten überschreiten, sind sie in bar zum Weltmarktpreis zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu übersehen ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an einer periodischen Bewertung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierfür soll ein Indizeschema ausgearbeitet werden.

f) Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weitergehenden Entschädigungspflicht frei wird.

8. Für die Feststellung der Mindestannuität auf Grund der deutschen Leistungsfähigkeit und der hierfür näher zu präzisierenden, der deutschen Finanzhöhe nicht vorgehenden Sicherungen für die Ausarbeitung des Indizeschemas, für die Bestimmung der Höchstsumme, sowie für die Prüfung der Unterlagen nach Ziffer 2 sollen schnellstens Sachverständige beider Parteien zusammenzutreten.

## Anregung für die Durchführung des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete.

A. Die Wiederherstellung der im Kriege zerstörten Gebiete ist ein gemeinschaftliches Interesse der Völker, da die Gefahr besteht, daß die Gefühle des Hasses und der Scham nach Rache nicht verschwinden, solange sie nicht beseitigt ist. Die deutsche Regierung hat deshalb, obwohl nach dem Friedensvertrag eine Verpflichtung zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands an Wiederaufbau nicht besteht, alsbald nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Wiederaufbauarbeiten zu beteiligen. Sie empfiehlt im gemeinsamen Interesse dringend, der Frage erneut entgegenzutreten. Dabei berücksichtigt sie auch die bei den bisherigen deutschen Lieferungen für die Zwecke des Wiederaufbaus gemachten Erfahrungen, daß die Materiallieferungen nicht ausschließlich dazu Verwendung finden, um den früheren Zustand der zerstörten Gebiete herbeizuführen, sondern von den Geschädigten teilweise auch zum Aufbau einer neuen Existenz an anderen Orten benutzt werden.

B. Die deutsche Regierung gibt daher die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgendermaßen geacht:

1. Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmen gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offengehalten wird.

2. Das Syndikat erhält die Aufgabe, im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Regierungen die Aufstellung der zerstörten Gebiete durchzuführen, die industriellen, landwirtschaftlichen und Verkehrsanlagen wiederherzustellen und neue Siedlungsstätten für die bisherigen Bewohner dieser Gebiete oder andere Siedler, die sich aus den sonstigen Gebieten der geschädigten Länder dorthin wenden, zu schaffen.

3. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran.

4. Das Siedlungsunternehmen ist nach geschäftlichen, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leiten und so zu führen, daß von ihm keine übermäßigen Gewinne erzielt werden.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf der Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Bei grundsätzlichen Einverständnis mit diesem Plan würde alsbald eine Besprechung über die praktische Durchführung unter Zuziehung von Vertretern der Regierungen der Staaten, die sich an dem Syndikat beteiligen wollen, ferner von Vertretern der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, sowie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu veranstalten sein.

## Ein Bericht über die Abrüstungsverhandlungen.

Berlin, 10. Juli. Bei dem Reichspräsidenten fand heute vor-mittag eine Besprechung statt, in der die aus Spa zurückgekehrten Mitglieder der Delegation, Minister Geiler, Staatssekretär Ulber und General v. Seuff, Bericht erstatteten. Nach allgemeinen Mitteilungen wurden die in Spa getroffenen Vereinbarungen erörtert. Dabei wurde hervorgehoben, daß Lord George den Schwerpunkt der Verhandlungen auf die Entwaffnung der Bevölkerung, das heißt also das Einammeln der in den Händen der Bevölkerung befindlichen Waffen gelegt habe. Die Androhung

des Einsatzes in das Ruhrgebiet ist von den Deutschen nicht genehmigt, sondern nur zur Kenntnis genommen, nachdem der Reichsminister des Inneren zuvor erklärt hatte, daß eine derartige Klausel dem Friedensvertrag und dem Völkerricht widerspricht. Die Schlussformel der Unterschrift geht insoweit nur dahin, daß die deutsche Regierung Kenntnis nehme und versuchen werde — en ce qui concerne le gouvernement allemand — die Bedingungen auszuführen. Lord George hatte ausdrücklich anerkannt, daß die Deutschen durch ihre Unterschrift die Klausel nicht bestreiten. Es wurde weiter festgestellt, daß bei dem Nachdruck, mit dem die Einammeln der Waffen von der Entente gemäß dem Friedensvertrag verlangt wird, Deutschland hier alsbald zu einschneidenden Maßnahmen greifen müsse.

## Die Aburteilung der Kriegsverbrecher.

Spa, 10. Juli. (Sachmeldung.) Das Protokoll über die Kriegsbeschuldigten lautet nach amtlichen Berichten: Die Konferenz hat in Uebereinstimmung der bevollmächtigten Vertreter Belgiens, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans einerseits und Deutschlands andererseits beschlossen, daß das in die Hände des Reichsgerichts zu Leipzig gelangte Strafverfahren im Sinne des Briefes des Präsidenten des Obersten Rates der Allierten an die deutsche Regierung vom 4. Juni 1920 fortzuführen ist. Um die Vorfahrung in der genannten Sache zu beschleunigen und alle wünschenswerten juristischen Feststellungen zu erhalten, wird sich der Reichsanwalt des Leipziger Reichsgerichtshofes direkt mit dem entlichen Staatsanwalt oder dem Justizminister der betreffenden alliierten Mächte in Verbindung setzen, um Auskunft über gerichtliche Feststellungen durch einen Untersuchungsausschuss oder auf anderem Wege zu erlangen. Das wird in kürzester Frist ausgeführt werden, und die gesammelten Ergebnisse dem Reichsanwalt in Leipzig übermittelt werden. — Nach einer anderen Meldung hat der Reichsjustizminister Seino u. a. dargelegt, daß seitens der deutschen Regierung in der Frage der Kriegsschuldigen verschiedene Verhaftungen geplant, aber noch nicht erfolgt seien.

## Steuersehen der Bellenden.

Die Deutsche Zeitung, ein Blatt, das den Kapitalisten außerordentlich nahe steht, veröffentlicht die Zuschrift eines all-deutschen Geldkapitalisten, in der dieser in folgender Weise gegen die Einziehung des sogenannten Reichsnotopfers wütet:

Die Regierung trifft Anstalten, das sogenannte Reichsnotopfer Erbschaftsteuer Schenkung einzuführen, und die wichtigsten Deutschen, die durch dieses Gesetz betroffen werden, scheinen sich darüber klar zu sein, daß bereits die Bezeichnung dieses eine außerordentliche Strafanzeige aller Leistungspflichtigen darstellenden Gesetzes als Reichsnotopfer eine Unparitätigkeit sondergleichen ist. Denn weder ist das Reich, das jeden Geldbedarf durch die Notpresse deckt, in Not noch handelt es sich bei dieser dem Bellenden, also dem besten Teile der Bevölkerung abverlangten Leistung um ein Opfer. Ein Opfer ist vielmehr eine Leistung, die freiwillig aus der heiligen, inneren Überzeugung der Notwendigkeit für einen sittlich ersten Zweck dargebracht wird. Man wird nun nicht behaupten können, daß die Gesamtheit oder auch nur die Mehrheit der bestehenden Staatsbürger diese außerordentliche Vergabe von beträchtlichem Umfange willig und gern bewilligen wird.

Das Eingeständnis, daß die Mehrheit der bestehenden Staatsbürger, die sich so gern als die Vaterpatrioten aufspielen, die Steuern nicht willig und gern bezahlen, besagt gemäß nichts Neues. Es ist eine alte bekannte Tatsache, daß die deutsche Bourgeoisie immer so schuldig war, daß sie sich nicht nur von der Arbeiterschaft aushalten ließ, sondern dieser auch nach die Lasten aufbürdete, die der auf die Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse eingestellte Staatsapparat verurteilte. Immerhin ist das Eingeständnis bemerkenswert, weil darin glatt zugegeben wird, daß den Geldkapitalisten auch jetzt noch, da das Reich und das deutsche Volk durch die verbrecherische Politik der Alldeutschen in das größte Elend gestürzt worden sind, das Steuerzahlen ein Grauel ist. In seiner Wut geht der Kritiker weiter so weit, zu behaupten, das Gesetz über das Reichsnotopfer sei überhaupt rechtsunwürdig, weil die Nationalversammlung am 31. Dezember 1919 kein Recht mehr gehabt habe, Gesetze zu beschließen. Es sei nur „falsch verstandenes vaterländisches Gefühl“, wenn das „autoritäre Kommando“ deutsche Volk trotzdem das Notopfer bezahle. Damit werde nur bewiesen, daß die Deutschen alle miteinander Schafe sind, die ihre Sklavennatur auch bei dieser Gelegenheit nicht verleugnen.

Die Bellenden, die sich nicht unter die Schafe rechnen, werden also das Reichsnotopfer nicht zahlen — das ist der Sinn des ganzen Geschriebs. In Spa nannte der Reichswehrminister Dr. Geiler unter den „Gesandten“, die die Beibehaltung einer starken Reichswehrtruppe notwendig machen sollen, auch die Schwierigkeiten bei der Einführung der neuen Steuern. Ob er wohl dabei auch an die Steuersehen der Geldkapitalisten dachte, die sich um die alldeutsche Deutsche Zeitung scharen?

## Die Justiz gegen die Arbeiter.

Während der Kappjage ist in Cisleben der Vergart Vogelzang erschossen worden. Der Dergang war folgender: Auf Beschluß des Kreisrates, der Polizei und des Landrats des Mansfelder Kreises wurde in Cisleben ein Teil der Arbeiterschaft zum Schuß gegen die Kappverbrecher bewaffnet. In der Nacht zum 16. März erhielten mehrere Arbeiter den Befehl, ein Auto für eine dringende Fahrt nach Zeitz mit zu beschlagnehmen. Die Beauftragten gingen zum Anwesen der Mansfelder Kupferhüttenbauwerkschaft. Sie wurden dort hingehalten, bis plötzlich der Vergart Vogelzang, ein Hüne von Gestalt, mit zwei Begleitern auf die Wartenden kletterte. Er hatte eine schußbereite Pistole in der Hand, packte den Arbeiter Koch an der Schulter und jagte ihm zwei Schüsse durch den Oberarm. Daraufhin wurde aus den Reihen der Arbeiter auf Vogelzang geschossen, der tödlich getroffen wurde. Es lag also ein beschuldigter Akt der Kappwehr vor.

Trotzdem wurden die Arbeiter unter Anklage gestellt und das Schwurgericht in Halle verurteilte dieser Tage die Angeklagten Koch zu zwei Jahren drei Monaten, Engel und Salksch zu je einem Jahr einen Monat Gefängnis. Es wurde Mötigungsvorwurf und Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angenommen. Bezeichnend ist, daß der Staatsanwalt bei der Auswahl der Geschworenen ausnahmslos alle Geschworenen absetzte, die aus den Reihen der Arbeiter entnommen waren. Auch die Eilfertigkeit, mit der die Justiz arbeitet, wenn es gegen Arbeiter geht, ist bezeichnend. Kein Kappist ist bisher verhaftet worden, noch kein einziger Hochverräter unter Anklage gestellt. Die Würder des Gewollten Putran befinden sich auf freiem Fuße, die Breslauer Offiziere, die Leben Arbeiter kosteten, töteten und in die Ober waren, sind ins Ausland verbannt. Die Arbeiter aber, die in Abwehr des Völkerverbrechens die Waffen ergriffen, werden im Eiltempo abgeurteilt, fällen die Justizhämmer und Gefängnisse. Das ist die preußisch-deutsche Justiz im neuen republikanischen Deutschland.

## Ausland im mitteldeutschen Kohlenbergbau.

Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet ist eine umfangreiche Aufwandsbewegung im Gange. Eine geheime Abstimmung auf den Gruben hat nach einer uns aus dem Streikgebiet zugegangenen Mitteilung große Mobschichten für den Streik ergeben. Die Gewerkschaften sowohl wie



auch die Kämpferorganisation lehnen jedoch die Verantwortung für den Zustand ab. Der Bezirksrat für das Braunauer Braunkohlentrevier schreibt uns dazu:

Borna, den 8. Juli 1920.  
Der ausgebrochene Streik im Bornaer Revier wird, wie nicht anders zu erwarten war, den führenden Personen der Kämpferorganisationen an die Hand gegeben zu hängen versucht. In der am 8. Juli d. N. stattgefundenen Konferenz ist es nachgewiesen, daß davon keine Rede sein kann, sondern daß der Streik spontan aus den Beziehungen heraus entstanden ist. Die in der Konferenz anwesenden Gewerkschaftsführer konnten sich auch davon überzeugen, daß dieser Kampf keine politische Aktion, sondern eine Folge einer lang hinausgezogenen Lohnbewegung war, bei welcher nur der Steuerzahler ein Signal geworden war, bezw. den Funktionären Pulverfaß darstellte. Aus diesem Grunde wollen die Gewerkschaftsführer keine Unterstellungen zöhlen, um den Kampf auf seinen Herz zu beschränken. Die Lohnverhandlungen, die am Sonnabend, dem 3. Juli, in Halle in einem verkleinerten Kreise stattgefunden haben, bei welcher die über alles gelieferte Parität so gemährt wurde, daß sich außer 10 Arbeitnehmervertretern dreimal so viel Arbeitgebervertreter und noch einige Regierungsvertreter eingefunden hatten, sind alles andere als freundlich von den Bergarbeitern in allen Revieren aufgenommen worden. Außer einer Marx-Rinder- und Hausstandsgebäude pro Schritt sollen wöchentlich 1 Pfund Fett oder Speck, weil man ebenfalls aus anderen Gründen diese Produkte anbringen will oder muß, für alle Beschäftigten unentgeltlich abgegeben werden. Außer dem Bornaer hatte sich das Meuselwitzer Revier infolge dieses Ergebnisses dem Streik angeschlossen. Die Bergarbeiter im Meuselwitzer Revier protestieren außerdem gegen die Raumburger Urteile, die gegen Arbeiter anlässlich des Kapp-Zustandes gefällt worden sind. Der Streik hatte sich noch weiter auf das Geiseltal ausgedehnt. Am 8. Juli hat nun auch in Halle eine umfangreichere Konferenz, die aus Vertretern aller in Frage kommenden Reviere, aus Vertretern der Parteien und Gewerkschaften zusammengesetzt war, stattgefunden, in welcher von Seiten führender Persönlichkeiten zum Ausdruck gebracht worden ist, daß ein Streik nicht gebilligt und verantwortet werden könnte. Infolge der jeweiligen Überproduktion im Braunkohlenerzbergbau und der zunehmenden Arbeitslosigkeit in anderen Industriezweigen wäre ein Streik nicht angebracht. Es ist aber folgende Resolution angenommen worden:

Die revolutionären Betriebsräte erkennen sehr wohl die berechtigten Empörungen der Arbeiterschaft an, sind gegen jede Teilsaktion, jedoch jederzeit bereit, gemeinschaftlich mit allen Revieren in den Streik zu treten.

In vier öffentlichen Versammlungen, die am 8. Juli, mittags, in den hauptsächlichsten Orten abgehalten wurden, ist beschlossen worden, bis Montagfrüh eine abwartende Haltung einzunehmen. Die Notstandsarbeiten sollen aufrechterhalten werden und dann so schnell wie möglich einberufende Besprechungsversammlungen sollen das weitere entscheiden. Wir werden dann noch weiter so schnell als möglich über die Situation berichten.  
Bezirksrat für das Braunauer Braunkohlentrevier.  
F. A. E. Dornblut.

Auch in den Leunaerwerken bei Merseburg ist eine Lohnbewegung im Gange, von der die bürgerliche Presse behauptet, sie sei ein politischer Streik. Eine am Sonnabend während der Arbeitszeit abgehaltene Betriebsversammlung (mit anschließendem Demonstrationzug von etwa 5000 Personen vor dem Erwartungsgelände) habe für die gesamte Arbeiterschaft in der chemischen Industrie Mitteldeutschlands folgende Forderungen aufgestellt: 30-prozentige Lohnsteigerung, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Beseitigung von Betriebsbeschränkungen. Die Werkleitung habe sich bereit erklärt, den zehnprozentigen Steuerabzug auf die Werkklasse zu übernehmen. Die Arbeiterschaft habe sich jedoch mit diesem Zustandnis nicht zufrieden erklärt.

## Die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. N.) Das Gesamtergebnis der Abstimmung in Ost- und Westpreußen liegt noch nicht vor. Die bisherigen Resultate zeigen überall einen überraschend glänzenden Sieg der Deutschen gegenüber den Polen. In vielen Kreisen erreicht die Zahl der polnischen Stimmen noch nicht 1 pro Tausend gegenüber den Deutschen.

Das vorläufige Abstimmungsergebnis in Westpreußen stellt sich nach einer Meldung des Weimarer Bureaus wie folgt: Abgegebene Stimmen 99 318. Davon entfielen 91 634 auf Deutschland und 7 682 auf Polen. Demnach entfallen 92 Prozent auf Deutschland.

Das vorläufige Abstimmungsergebnis in Ostpreußen gestaltet sich wie folgt: Abgegebene Stimmen 361 083. Davon entfielen 353 655 auf Deutschland und 7 428 auf Polen. Demnach entfielen 97 Prozent auf Deutschland.

Königsberg (St. 11. Juli. Wie 1 Uhr nachts lagen hier folgende Teilergebnisse vor: Böden (Stadt) 4900 deutsche, drei polnische, drei unglückliche Stimmen. Vorläufiges Ergebnis aus dem Kreise Böden (zwei Bezirke fehlen noch): 28 928 deutsche, neun polnische Stimmen. Uge (vorläufiges Ergebnis aus 84 Bezirken ohne die Stadt Uge): 11 581 deutsche, 20 polnische Stimmen. Ortelsburg (Stadt): 5388 deutsche und 15 polnische Stimmen. Ortelsburg (Stadt und Kreis, Teilergebnis): 25 824 deutsche, 227 polnische Stimmen. Bischofsburg (Stadt): 8400 deutsche und 19 polnische Stimmen. Magdalenburg (Stadt): 3313 deutsche, keine polnischen Stimmen. Dießau (Kreis): 21 358 deutsche, eine polnische Stimme. Osterbe (Stadt und Kreis, vorläufiges Teilergebnis): 25 000 deutsche, 500 polnische Stimmen. Allenstein (Stadt, vorläufiges Teilergebnis): 18 782 deutsche, 342 polnische Stimmen. Johannisburg (Stadt): 2083 deutsche, neun polnische Stimmen. Ums 1483 deutsche, keine polnischen Stimmen.

Danzig, 11. Juli. Bis 12 Uhr nachts lagen aus dem westpreussischen Abstimmungsgebiet folgende Resultate vor: Stadt Marienburg 9077 deutsche, 180 polnische, 39 unglückliche Stimmen, Stadt Marienburg 8323 deutsche, 80 polnische Stimmen, Stadt Kolbenburg 2430 deutsche, acht polnische, fünf unglückliche Stimmen, Stadt Elmhof 2075 deutsche, 749 polnische Stimmen, Stadt Deutsch Eylau 4746 deutsche, 285 polnische Stimmen, Stadt Bischofswerder 1272 deutsche, 227 polnische Stimmen.

Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen ist der gestrige Tag überall in beiden Abstimmungsgebieten ruhig verlaufen.

## Entwaffnung rebellischer Freikorpsangehöriger.

Ueber die Entwaffnung von Freikorpsangehörigen wird dem Normar als Hannover berichtet. Nach dieser Meldung waren Angehörige des früheren Freikorpsdanzons Brandenburg, das kürzlich aufgelöst worden ist, zu „Kultivierungsarbeiten“ in das Lager Wöblich im Harter Moor in der Provinz Hannover gegangen. Die Abgabe sämtlicher Waffen war zur Bedingung gemacht worden. Ein Teil der Waffen wurde abgeholt. Bald stellte sich jedoch heraus, daß die Freischüler heimlich Waffen zurück behalten hatten. Unter der Führung eines Freiwelers D. H. o. wurden die auffällig und drohend mit Gewalt. Darauf hat der Oberpräsident K. o. e. durch Sicherheitskräfte die Entwaffnung vornehmen lassen. 163 Gewehre, 26 Karabiner, 113 Danabandagen, Revolver, Pistolen, viel Handgranaten und Munition wurden beschlagnahmt. Der Freiwelers D. H. o. ist nach dem Bericht des Normar verhaftet und der Staatsanwaltschaft übergeben worden.

## Verhaftungen ohne Ende.

Zu den von uns bereits mitgeteilten Verhaftungen in München wird noch gemeldet, daß auch die Genossen Schauer, Decker und Dr. Schollenbruch verhaftet wurden. Gegen die beiden Erstgenannten sticht man sich bei der Verhaftung auf den bekannten Spitzbericht des Reichsamt Bayerischen Kuriers über den Generalfest. Gegen Dr. Schollenbruch operierte man mit dem alten Märchen von der „Verschwörung“ in Nieder-Schönfeld. Der „demokratische“ bayerische Justizminister Müller-Reiningen hatte vor einigen Monaten unter großem Tamtam eine angebliche „Verschwörung“ der Festungsgesangenen in Nieder-Schönfeld entdeckt. Große Untersuchungen wurden angehängt. Bis heute hat man aber nichts weiter über die mysteriöse Angelegenheit erfahren, die damals dem Justizminister nur ein Wort war, die Festungsgesangenen strenger behandeln zu lassen. Dr. Schollenbruch mußte sehr bald wieder freigelassen werden, da auch die Hausdurchsuchung nichts Befolgendes gegen ihm ergab.

## Gegen den Obdwucher.

In Berlin haben die Straßenhändler eine Kundgebung gegen den Obdwucher veranstaltet. In einer lehrhaft beschriebenen Dialektvorlesung warf der Redner den Obdwuchern und Großhändlern vor, daß sie an den hohen Obdwucherschuld seien. Er erklärte, die Straßenhändler seien bezetzt, die auf weiteres den Ein- und Verkauf von Obst und Gemüse einzustellen. Die Bevölkerung müsse sie unterstützen und die hochnotierten Waren einweilen auch in den Lebensmittelgeschäften nicht kaufen. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, die die Ausschaltung des „wilden“ Zwischenhandels und den Erlaß einer Verordnung verlangt, nach der die Waren nur nach Feststellung des Gewichts verkauft werden dürfen. Im Anschluß an die Verlesung wurde eine Demonstration in der Nähe des Reichstages abgehalten, bei der die Teilnehmer den Obdwuchern die Hände zu verweigern wollten. In dem Demonstrationszug wurden zahlreiche Leere Obstwagen mit Schildern mitgeführt, deren Aufschriften lauten: „Obst verlangt und die Konsumenten vor dem Ankauf des teuren Obstes warnen.“ An das Publikum ergingen Aufforderungen, die Händler in ihrem Kampfe zu unterstützen.

## Die Revolutionäre in Berlin.

Zu dem Streik der Berliner Straßenhändler schreibt unser Berliner Parteiblatt, die Freiheit folgendes:  
Auf den Straßen Berlins waren gestern die Obdwuchler verschwunden. Nur wenige gingen nach der Markthalle. Sie wollten einen Preisnachlaß erreichen. Dieser Zweck ist gut, wenn auch das sozialistische Publikum einen Vorteil hat. Es gibt aber auch Straßenhändler, die selber das laufende Publikum dauernd überfordern, indem sie minderwertige Ware für teures Geld abgeben. Man kann sich beobachten, daß etwas gute Ware oben auf liegt, nur als Ködnittel, daß aber die zum Verkauf gelangende Ware oft sehr minderwertig ist, ganz abgesehen davon, daß auch mit dem Gewicht es nicht immer so genau genommen wird. Aber auch die Großhändler nehmen Preise, die ungebührlich hoch sind, während die Händler die Arbeit und die Unkosten auf sich nehmen müssen. Gestern kam es an verschiedenen Stellen zu Unruhen und Aufruhr und man weiß nicht recht, wer dahinter steht. Es ging gegen Obdwuchler, die sehr schlecht haben. Andere Genossen werden auf tun, die Vorzüge mit Vorbehalt zu verfolgen. Man braucht für die Verhandlungen in Spa so eine kleine grobe Revolte, um gute Geschäfte zu machen. Also: Augen auf!

## Polen in verzweifelter Lage.

Russische Zeitungen beurteilen die Lage Polens folgendermaßen: Das polnische Bürgertum führt schon den kommenden Zusammenbruch. Der Sturz der Regierung, die Krise, die Unfähigkeit der bürgerlichen Parteien, die Wegerung der sozialdemokratischen Partei, an der Regierung teilzunehmen — alles deutet auf den Zerfall des politischen Lebens in Polen hin. Auf einen Sieg hätte Polen nur dann rechnen können, wenn es seiner Armee gelungen wäre, mit einem schnellen Schlage die Sowjetarmee zu vernichten und Rußland den Frieden zu diktieren. Aber je länger sich der Krieg hinzieht, um so mehr mußte das Uebergewicht sich auf Rußlands Seite neigen, das an der Westfront seine ganze Heere zusammenziehen konnte. Die Polen haben jetzt eingeschrieben, daß sie einen schnellen militärischen Erfolg nicht erreichen können. Die Lage des polnischen Heeres ist geradezu hoffnungslos. Hierzu und zum Verfall des politischen Lebens treten noch die Schwierigkeiten in der Verpflegung. Polen braucht für die Verpflegung seiner Bevölkerung bis September d. J. 500 000 Tonnen Getreide. Aus Amerika kann man aber nur mit einer Zufuhr von 100 000 Tonnen auf Grund des oben abgeschlossenen Vertrags rechnen, zudem reicht der vorhandene Schiffraum für die Lieferung kaum aus. Infolgedessen hatte die polnische Regierung beschlossen, im Lande alle Vorräte zu beschlagnahmen, aber die Landtagskommission hat mit Rücksicht auf die Forderung der Bauernschaft diese Forderung abgelehnt. Für die weitere Kriegführung ist das eine Katastrophe gleichbedeutend, da die Bauern, solange der Krieg währt, ihre Vorräte nicht herausgeben werden. Außerdem brachen überall im Lande Streiks aus, und täglich steigen die Preise.

## Die Allierten und der russisch-polnische Krieg.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. N.) Aus Spa wird gemeldet: Die Meldungen von der polnischen Front, sowie die offiziellen Berichte Grabskis haben unter den Alliierten die größte Unruhe hervorgerufen. Sowohl am Sonnabend, wie auch am Freitag konzentrierte Grabski Kundendank mit Lloyd George, Millerand und Foch. Das Grabski nachwies, daß Polen ohne Unterstützung der Alliierten zusammenbrechen müsse, wurde ihm von Millerand sofortige Hilfeleistung zugesagt. Foch reiste am Sonnabend nach Paris ab, um mit dem französischen Generalfeldmarschall die Einzelheiten des Hilfsunternehmens zu besprechen. In den Darlegungen fordert Grabski erneut die Hebergabe der von den Deutschen abgenommenen Waffen an Polen.

Im Gegensatz zu der vorstehenden Darstellung soll Foch nach einer Meldung des Matly erklärt haben, daß die Lage Polens nicht sehr ernst sei. Er habe Polen den Rat gegeben, sich in der Defensive zu halten und eine natürliche Linie zu ziehen. Polen habe eine Grenze von 8500 Kilometer und sein ein junges Land, das noch nicht so organisiert sei, um eine große Armee aufzustellen.

Berlin, 12. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. N.) Wie der Propagandakommission in Spa mitgeteilt wurde, schloßen sich die Alliierten Regierungen an die russischen vier Friedenspunkte an. Polen soll sofortigen Frieden erbiten, seine Armeen aus dem russischen Gebiet zurückziehen. Wenn die Russen dann weiterangehen, werden die Alliierten Armeen das eigentliche Gebiet Polens verteidigen. Es wird eine Friedenskonferenz zwischen den Nachbarstaaten Polens und Rußlands einberufen, um die Grenzfestsetzungen im Osten zu treffen. Der polnische Minister Grabski empfing heute die Presse und erklärte die Lage Polens in außerordentlich düsterem Licht.

## Keine deutsche Munition für Polen?

Spa, 10. Juli. (Savas-Neuter.) Nach dem Welt Parliert wurde ein Verbot des Grabskis, bei den Deutschen Munition kaufen zu dürfen, die zur Zerstörung oder Ausrüstung bestimmt war, von den Alliierten abgelehnt, da der Friedensvertrag von Versailles solche Abteilungen nicht erlaube. Dagegen sind die französischen, die englische und die italienische Regierung bereit, in ihren Verträgen die nötigen Schritte zu unternehmen, um eine Stillstellung für Polen zu erlangen.

## Das Vordringen der russischen Armeen.

Ueber die weiteren Kämpfe und die Erfolge der Russen folgen folgende Meldungen vor:

Keval, 8. Juli. Nach hier eingegangenen Nachrichten sind die bolschewistischen Truppen südlich von Dünaburg bis zur litauischen Front vorgerückt und haben die Verbindung zwischen der lettischen und der polnischen Front durchbrochen. Die litauische Regierung ist von den Bolschewiken erlöst worden, den Durchmarsch durch litauisches Gebiet nach Polen zu gestatten. Dünaburg, das von lettischen Truppen auf Aufforderung der Polen besetzt worden war, wurde von den Letten geräumt und von den Bolschewiken besetzt.

Brüssel, 10. Juli. (Savas-Neuter.) Die Gesandtschaft der Tschechoslowakei veröffentlicht eine Depesche aus Prag, in der es heißt: Die Lage der polnischen Armee erscheint verzweifelt. Die polnischen Verwaltungsbehörden räumen Wenden und flüchten nach Krakau. In Galizien ist die allgemeine Mobilisierung für alle Männer zwischen 18 und 35 Jahren ohne Rücksicht auf die Nationalität angeordnet worden, was in dem russischen Bandstrich zu Unruhen führte. Dem Mobilisierungsbefehl wurde dort keine Folge gefolgt. Teile der polnischen Armee sollen zu den Russen übergegangen sein.

Paris, 11. Juli. Nach Czernowitzer Blättern hat ein Teil der polnischen Armee von den rumänischen Behörden die Erlaubnis verlangt, auf rumänisches Gebiet zu flüchten. Da diese die Neutralität wahren wollten, verweigerten sie die Genehmigung.

## Rumänien mobilisiert.

London, 8. Juli. (S. N.) Die rumänische Regierung hat im Zusammenhang mit den Ereignissen an der polnischen Front die allgemeine Mobilisierung beschlossen.

## Russisch-litauische Verhandlungen?

Kowno, 12. Juli. (L. N.) Die litauische Regierung hat ihren Friedensbeauftragten in Moskau telegraphisch beauftragt, mit der Sowjetregierung die durch den russischen Vormarsch geschaffene Lage zu beraten und vor allem zu verhindern, daß die Russen gegen die litauischen Truppen vorgehen.

## Wrangels Vorstoß im Süden.

Konstantinopel, 7. Juli. (Savas-Neuter.) Amlich wird mitgeteilt, daß Wrangels Truppen Verbiantot (am Mioschen Meer) genommen haben.

## Annahme der englischen Bedingungen durch Rußland?

Spa, 10. Juli. Die Antwort der russischen Regierung an England ist gestern in London eingetroffen und sofort an Lloyd George in Spa übermittelt worden. Lloyd George wird heute die russische Antwort dem Obersten Rat unterbreiten. In dieser Antwort erklärt der russische Botschafter des Wuhren, Tschitschew, daß die Sowjetregierung bereit sei, die Bedingungen der englischen Regierung ungeschmälert anzunehmen. Die Bedingungen der englischen Regierung lauten: Freilassung aller englischen Gefangenen, Rücknahme Rußlands durch die Bolschewiken, Einstellung jeder bolschewistischen Propaganda im Orient, Ungültigkeitserklärung aller russischen Schulden an die Entente-Länder.

## Deutschland.

### Ein bürgerlicher Senat in Bremen.

In der letzten Witzschaffstimmung in Bremen wurde die Wahl des Senates vorgenommen; es wurden 7 Mitglieder der Demokraten und der Deutschen Volkspartei gewählt, 5 Mitglieder des alten Senates wurden wiedergewählt. Die Unabhängigen Sozialisten haben es abgelehnt, die Bildung in die Hand zu nehmen oder sich an der Einsetzung eines Geschäftssenates zu beteiligen. Die Witzschaffstimmung haben ebenfalls die Beteiligten an einem Geschäftssenat abgelehnt, jedoch sich bereit erklärt, diesem die Erledigung des Staatshaushaltes parlamentarisch zu ermöglichen.

### Schließung der letzten Rheinsektion.

Speyer, 12. Juli. (WTB.) Die letzte Rheinsektion der Wehr, die Stellung Heimerodeim, wird jetzt ebenfalls laut den Bestimmungen des Friedensvertrages, betreffend die Restitutions über besetzte Gebiet, geschlossen.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Vor großen Kämpfen in China.

Nach einer Neuter-Meldung ist die Lage in Peking außerordentlich ernst. Der Höhepunkt der Krise ist erreicht. Die Kaufleute der Führer der Republikpartei, ist in der Richtung nach Norden abgezogen. Wie berichtet wird, hat er den Truppen befohlen, gegen Peking zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreich. Wie die Times aus Peking meldet, verlassen Hunderttausende von Chinesen Peking, um sich in den Fremdenvierteln in Tientsin in Sicherheit zu bringen, während andere in dem Peking Gesandtschaftsbezirk Zuflucht suchen. Von den in der Umgegend von Peking stehenden fünf Divisionen sind drei auf der Seite der japanfreundlichen Partei, während sechs in der weiteren Umgegend stationierte Divisionen der Republikpartei angehören.

### Zur Befregung Sachalins durch die Japaner.

Die japanische Regierung hat ein Communiqué herausgegeben, in dem sie die Befregung einer geeigneten Punkte in der Provinz Sachalin damit begründet, daß die japanische Kolonie in Mikalajewsk launt der Garnison und dem japanischen Konsul mit seiner Familie in Nikolajew von bolschewistischen Truppen ermordet worden ist. Die Befregung Sachalins erfolgt, um Japan eine Genugtuung für die Ermordung seiner Untertanen zu sichern. Das Communiqué schließt weiter an, daß Japan noch weiter in der Umgegend von Wladiwostok Truppen unterhalten werde, während die Truppen aus den Transbaltalprovinzen zurückgezogen wird. — Amtliche Berichte aus Washington belegen, daß die Westfront der letzte nördlich Vortrittur abgesehen davon, der sich noch im West-Rußlands befand, von japanischen Truppen besetzt worden ist.

### Neue Unruhen in Mesopotamien.

Bayr Times ist es am 1. Juli an unteren Cuyhrat 160 Meilen oberhalb Basra zu Unruhen gekommen. Eine Bande Araber griff das Gefängnis in Rumetta (?) an, wobei die Wache und besetzte einen wegen revolutionärer Umtriebe im Gefängnis befindlichen Scheich. Am 2. Juli wurden die Eisenbahnen und Telegraphenlinien bei der letzten Rumetta und ebenso südlich Sanawa zerstört. Am 3. Juli erfolgte ein Anschlag auf einen Zug. Truppen sind nach Rumetta abgefordert worden. Flugzeuge haben Bomben von Eingeborenen südlich Sanawa mit Bomben beworfen und unter Feuer genommen.

### Entwaffnung türkischer Regierungstruppen.

Der englische General Milne hat Regierungstruppen in Konstantinopel wegen ihrer Unzuverlässigkeit entwaffnet.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:  
Alfred Fichte in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:  
Friedrich Wiltz, Postdorf-Verlag.  
Druck und Verlag: Postamt, Nachrichten-Verlagsgesellschaft, Postamt.



**Hühneraugen**  
Hornhaut, Schwielen u. Warzen  
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos.  
**Kukirol** 100 000 fach bewährt  
- Preis M. 2,50 -  
In Apotheken u. Drogerien erhältlich

**König-Salomo-Apotheke, Grimmaische Strasse**  
Diele Nummer umloht 8 Seiten.



# Hand- und Kopfarbeiter Leipzigs!

Morgen Dienstag, den 13. Juli 1920, nachm. 5 Uhr

# Massen-Demonstration auf dem Augustusplatz.

Parteileitung der U. S. P. D.  
Fritz Mühlern.

**Keiner darf fehlen!**

Gewerkschaftsartell Leipzig.  
Erich Schilling.

## Neues Theater.

Obern-Reien bis einschließl. 9. August 1920

## Altes Theater.

Reien bis einschließl. 21. Juli.

## Neues Operetten-Theater.

Wohlfahrts (Hermann 2144).

Montag, den 12. Juli: Die Götterdarstellung (kein Kartenverkauf).  
Die Götterdarstellung, Anfang 7 Uhr.  
Dienstag, den 13. Juli: Die Götterdarstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch, den 14. Juli: Liebe im Schnee, Anfang 7 1/2 Uhr.

## Leipziger Schauspielhaus.

Gopstenerstr. 1719 D. Direktion: Fritz Weidner. Fernruf 1008

Montag, den 12. Juli, abends 7 1/2 Uhr  
Vorstellung für den Leipziger Wirtschaftsverband:  
Gastspiel Anton Grand.  
Zwangseinquartierung. (Kein Kartenverkauf.)  
Dienstag, den 13. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangseinquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Mittwoch, den 14. Juli: Gastspiel Anton Grand: Zwangseinquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.

Die Juni-Abstände der Jahreskarten gelten bis einschließl. 15. Juli.  
Die Zeichnungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 8 Uhr an der Theaterkasse und bei F. A. Coppius, Petersstraße, während der Geschäftsstunden angenommen.

Die Zeichnungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 8 Uhr an der Theaterkasse und bei F. A. Coppius, Petersstraße, während der Geschäftsstunden angenommen.

## Marionettentheater

Messplatz Hauptrestaurant  
Direktion: Kollmann-Büd. - Vorverkauf: Althoff.  
Ab 13. Juli, 4 Uhr: Die Birkenfee (Märchen); 8 Uhr:  
Anna-Piele, des alten Dessauers Jugendliebe (hist. Lustspiel). Nach jeder Vorstellung das mech. Kunstwerk:  
Theatrum mundi. im Erzaebirge.

## Krystall-Palast

Täglich abends 7 1/2 Uhr  
Gastspiel „Jean Blatzheim“  
Die spanische Fliege.  
Schwank in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach.  
Vorher Auftreten erstklassiger Künstler.

## Sichtspiele Albertball

Krystall-Palast  
Harry Piel-Zyklus  
Harry Piel  
Die Abenteuer eines Vielgesuchten.  
34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Harry Piel

Die Abenteuer eines Vielgesuchten.  
34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Abenteuer eines Vielgesuchten.

34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Luft-Piraten

6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Abenteuer eines Vielgesuchten.

34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Luft-Piraten

6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Abenteuer eines Vielgesuchten.

34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Luft-Piraten

6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Abenteuer eines Vielgesuchten.

34 Akte. Ab 13. Juli: 34 Akte.  
Die Luft-Piraten  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

## Die Luft-Piraten

6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

Bitte ausschneiden!

## Theatergemeinde Schauspielhaus

### Zehn Fragen! Zehn Antworten!

(Die sich immer wiederholen.)

- 1. Was ist eine Theatergemeinde?**  
Ein Konsumverein (eingetr. Genossenschaft m. b. H.), der Dir die Theaterkarten zum Selbstkostenpreise abgibt.
- 2. Wie werde ich Mitglied der Th.-G.?**  
Indem Du Dir an der Kasse des Schauspielhauses oder bei F. A. Coppius, Petersstraße 16, einen Anteilsschein holst.
- 3. Was kostet der Anteilsschein?**  
Einen Stüffel, also 125 Mark, zahlbar nach Mindestanzahlung von 20 Mark in Raten im Laufe von 2 Jahren.
- 4. Wozu berechtigt mich der Anteilsschein?**  
Er berechtigt Dich für alle Zeiten, in je einem Spielabschnitt, also in 3 Wochen, einmal zum Selbstkostenpreise ins Schauspielhaus zu gehen, immer in ein neues Stück, in ein Schau- oder Lustspiel, an einem Tage, der Dir paßt, auf einen Platz einer Platzgattung, die Du gewählt hast.
- 5. Was ist der Selbstkostenpreis?**  
Der Selbstkostenpreis ist die Hälfte des Preises, den „Fremde“ (Nichtmitglieder der Th.-G.) zahlen müssen. Besitzt Du 8 Mark fürs 1. Partett, bezahlen Fremde also 12 Mark. Der Selbstkostenpreis wird vom Aufsichtsrat festgesetzt. Dein Anteilsschein veranlagt sich durchschnittlich mit 80 Prozent. Rechne selbst nach!
- 6. Haben „Fremde“ (Nichtmitglieder) Aussicht, Plätze zu bekommen?**  
Falls die Zeichnungen weiter einlaufen, wie bisher, können „Fremde“ nicht damit rechnen, jemals Plätze für das Schauspielhaus zu bekommen. Angehörige der Mitglieder der Th.-G. haben den Vorrang.
- 7. Mit welcher Summe habe ich für die Th.-G.?**  
Mit der Summe Deines Anteilsscheines. Wenn die Th.-G. im gedachten Umlaufe (15-18 000) zustande kommt, ist es so gut wie ausgeschlossen, daß Du jemals irrendwie hasten mußt.
- 8. Was wäre die Th.-G. nicht zustande käme?**  
1. Sie kommt zustande. 2. Bekämst Du Dein Geld wieder.
- 9. Welchen Vorteil habe ich oder die Th.-G., wenn ich mehr als 20 Mark ansetze?**  
1. Du stärkst die Kaufkraft der Th.-G. (die doch alle Grundstücke usw. erwerben muß). 2. Du verbilligst Deine Theaterkarten, wenn Du einflussreichende Kapitalien absetzt. 3. Du legst Dein Kapital gut und sicher - zum größten Teil in Grundstücken - an.
- 10. Wann soll ich eintreten?**  
Du sollst sofort eintreten! Es nützt nichts, wenn Du eintreten willst! Du mußt Dich aufraffen, hingeben, hinschicken, Dich noch genauer unterrichten, fragen, anzeigen, zahlen und ein Mitglied der Th.-G. werden!

**Gansfouci** Heute . . . . . ab 7 Uhr  
Donnerstag . . . ab 7 Uhr **Ball**

**BONORAND**  
Täglich nachmittags 4-6 Uhr  
und abends 8-11 Uhr  
**Große Garten-Konzerte**

**Schiller-Schlösschen.**  
Heute, ab 7 1/2 Uhr: 2. großer Damenball  
Auftreten des modernen Tänzerpaares Tilly u. Fred.

**Gosenschlösschen, Eutritzsch**  
Heute Montag **Damen-Ball!**

**Phot. Vergrößerungen**  
in künstlerischer, lebenswahrer Ausführung  
fertigt als Spezialität  
preiswert  
**Robert Prossdorf**  
Laden:  
Bayersche Strasse 41.

Reparaturen  
an Uhren jed. Art  
nur streng solide  
Ausführung u.  
unt. Garant. bei  
**Gustav Kaniss**  
Uhrenm., Tauchaer Str. 6.  
Sehe meine Verlobung  
mit Artur Berger, St.  
Merseburger Str. 31, hiermit  
auf.  
Eise Zutz.

## Leipziger Volksbühne.

Geitung: Robert Dierckag.  
Dienstag, den 13. Juli, abends 7 1/2 Uhr

**Robert und Bertram.**  
Vollst. mit Gesang und Tanz von Gustav Haeder  
Anfang 7 1/2 Uhr  
Karten an der Tageskasse sowie bei F. A. Coppius, Petersstraße 16

Spielplan: Mittwoch: Serie 24: Das Dorf ohne Stad. Don-  
nerstag: Serie 25: Das Dorf ohne Stad.

## Theater in der Bismarckstraße (Nimmerpfeile)

Montag, den 12. Juli: V.-B. (kein Kartenverkauf).  
7 1/2 Uhr Dienstag, 13. Juli (Erstaufführung) 7 1/2 Uhr

**Un der Quelle sah der Knabe . . . . .**  
Schwank in 3 Akten von D. Stobitzer und M. Ferner.  
Spielplan: Mittwoch bis Sonntag: Un der Quelle  
sah der Knabe . . . . .

## Ballenberg

**Varieté.** Abends 7.30 Uhr  
Gastspiel  
Paul Beckers mit Fr. Silvaré  
„Die Erblante“.

**Theater.** Abends 7.30 Uhr  
Madame Dubarry.  
Revolutionsschauspiel.  
Morgen:  
Madame Dubarry.

Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Ztg.-Gesch. Katharinenstr. 6.

## Drei Linden

Täglich abends 7 1/2 Uhr  
Der glänzende Varieté-Spielplan  
mit

**Bernhard Wildenhain**  
in  
„Radium“.

Wildenhain tritt täglich in Zwangseinquartierung  
und in dem Sensationskutsch Radium auf.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543).  
Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

## Blumensäle.

Täglich abends 7 1/2 Uhr  
**Künstler-Kabarett.**

Sonntags 2 Vorstellungen. \* 4 Uhr u. 7 1/2 Uhr.

## Kasslers Festsäle

Leipzig-Vo., Elisabethstrasse 13  
Morgen Dienstag

**I. grosser Sondertag**

Verstärktes Doppel-Ballorchester unter persönlicher  
Leitung des beliebten Kapellmeisters Haucke

**2 Kapellen 2**

Eintritt: Damen 2 Mk., Herren 3 Mk.  
**Tanz frei!**

## Film-Palast

L.-Lindenu, Gundorfer Strasse 31.  
Heute letzter Tag!

**Das Mädchen aus  
der Ackerstrasse.**

Der II. Teil dieses Filmwerkes  
folgt in Kürze.



Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 12. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Funktionäerversammlung

Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Sanssouci, Elsterstraße. Die Parteifunktionäre der USF. wollen pünktlich und zahlreich erscheinen. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.

Begleitungsleitung der der USF. Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Achtung, Genossen! Dienstag früh Handzettelverbreitung. Die Handzettel sind heute abend um 6 Uhr im Restaurant Goldner Ring, Gledenstrasse 4, abzuholen. Zahlreiche Beileger sind Pflicht.

Neuschönefeld. Heute Montag, abends 1/8 Uhr, Funktionärsführung im Sophienhöfchen.

Kreuzberg. Montag, abends 1/8 Uhr, sehr wichtige Funktionärsführung im Kollgarten.

Leipzig. Funktionäre und Betriebsvertrauensleute treffen sich heute, abends 8 Uhr, zu einer kurzen Besprechung an der Bibliothek. Der Vorstand.

Ortsvereine Wahren. Montag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, wichtige Besprechung der Funktionäre bei Trabisch.

Achtung, Sönger! Dienstag, nachmittags 5 Uhr, Freitroppe, Museum. Der Gauvorkstand.

Die mitleidende soziale Hygiene.

II.

Die Liste der Aufgaben, die als reine kommunalpolitische betrachtet werden müssen, ist nicht klein, und wie gesagt, weder Reich noch Staat wird auch nur einen Finger rühren, um den Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Ja sie werden eher noch bestrebt sein, den Gemeinden solche Pflichten auf den Hals zu wälzen, die als Kulturaufgaben in erster Linie gelöst werden müßten, die aber dank der städtischen Geldklemme in den fernsten Hintergrund gedrängt werden.

Woran hätte die arbeitende Bevölkerung wohl größeres Interesse, als daß den Bedürfnissen des jungen Nachwuchses Rechnung getragen würde? Da versagt aber die Gemeinde bereits in den ersten Anfängen. Noch sind zahlreiche Mütter darauf angewiesen, mit ihrer Hände Arbeit um Lebenserwerb beizutragen und werden dadurch ihren Familienaufgaben entsagen. Die Säuglingsfürsorge, die in der Form der Krippenanstalten besteht, und deren Ausbau dringend nötig wäre, läßt sich in dem erforderlichen Maße nicht erweitern. Der privaten Wohltätigkeit dieser Gemeindevorstände zuzuwenden, führt zu den unheilbarsten Zuständen, abgesehen davon, daß diese Quelle nur tropfenweise fließt, wo ein breiter Strom nötig wäre. Was will es sagen, wenn in einer Großstadt wie Leipzig etwa 120 Säuglinge arbeitender Mütter mit Ach und Krach versorgt werden? Und wenn selbst dieser ermüdete Prozeß noch in Frage gestellt ist?

Das gleiche Bild zeigt sich bei der Fürsorge für die Kinder im Alter vor der Schulpflicht. Ungerechnet die Schädigungen der Gesundheit, die aus dem zwangsartigen Aufenthalt in ungesunden Wohnräumen oder auf der ungesügten Straße erwachsen, mangelt es an gesundheitlicher Beaufsichtigung der Kinder gerade bei den bedürftigsten Schichten. Wie traurig sieht schon die nächste Zukunft der Volkstinderkinder aus! Der Sproß am Baume der sozialen Hygiene, der sich kräftig entfalten sollte, wird zum Klammerschmerz verdammert. Die gesundheitliche Ueberwachung der Kinder wird ebensowenig durchführbar wie die ärztliche Betreuung der Jugend im schulpflichtigen Alter. Wenn auch die Erziehung und der Jugendschein lehren, daß das kindliche Lebensalter gesundheitlich schwer bedroht ist, daß die Ziffern der Tuberkuloseerkrankungen, der Ausbreitung der Blutarmit und der herabgesetzten Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und deren schwere Folgeerscheinungen riesenhaft angeschwollen sind, daß dem heranwachsenden Geschlecht der gesunde Kern in mehr oder weniger großem Umfange heute schon fehlt, so ist die Stadtgemeinde doch vor der leeren Tasse nicht in der Lage, ihre Aufgabe zu erfüllen. Das Wort: „Hilf dir selbst!“ läßt sich aber in diesen Dingen nicht anwenden, denn die Tassen derer, für die von der Gemeinde in dieser Richtung gesorgt werden müßte, die Tassen der Arbeiter sind nicht reicher gefüllt als der Städtische. Während der letzten Jahre hatte die Stadt die Verpflichtung anerkannt, für die Spielplätze der bedürftigsten Schichten einzutreten. Wenn wir heute nicht die Hilfe des Auslands hätten, so wäre die Stadt nicht in der Lage auch nur einen geringen Bruchteil dieser Pflicht dem Schulkinder gegenüber zu erfüllen. Die Arbeiter können nicht aus eigenem Vermögen diese sozialhygienische Notwendigkeit am Leben erhalten. Die schwerwiegende Aufgabe der schulärztlichen Versorgung der Jugend, die einen wesentlichen Anteil bedeutet für die Gesunderhaltung der Kinder, wird das Schicksal teilen mit der zum wenigsten ebenso wichtigen jahnärztlichen Ueberwachung der Schulkinder, d. h. sie wird aus Sparnisgründen aufs äußerste eingeschränkt werden oder es werden hohe Anforderungen an die Tassen der Eltern gestellt werden. Daselbe ist ja schon der Fall mit der Krankenfürsorge in den Krankenhäusern. Wenn die Er-

höhung der täglichen Verpflegungslage hier scheinbar den einzelnen nicht so hart bedrückt, sofern er Mitglied einer Krankenkasse ist, so wird doch die Belastung bei Erkrankungen von Familienmitgliedern schwer empfunden werden. Und die Belastung wird am schwersten die Arbeiterfamilien betreffen, die sich der zahlreichsten Angehörigen erfreuen. Aber nicht nur, daß die Krankenhausernährung sich schwieriger gestaltet, sie muß auch an Wert verlieren, wenn es nicht mehr möglich wird, den dort beschäftigten Arbeitsträften vom Personal für Hausarbeit bis zu den Ärzten die Entlohnung zuzumessen zu lassen, die zur Sicherstellung ihrer Existenz mindestens erforderlich ist. Wenn diese lebenswichtigen Einrichtungen, die allein den städtischen Haushalten belasten, Zuschüsse erfordern, für deren Aufbringung der Gemeinde die Wege verperzt sind, so ist die unausbleibliche Folge, daß sie in Verfall geraten, minderwertig werden und in keiner Weise ihre Aufgaben erfüllen können.

Von der Förderung der sportlichen Tätigkeit ganz allgemein gesagt, mag gar nicht erst gesprochen werden. Wie viele Ursachen zusammenwirken können, um die Badegelegenheit, die Schwimm- und Turnmöglichkeit zu beschränken, soll nicht untersucht werden, aber ein Punkt ist für den Rückgang der wichtigste, das ist auch hier die Unmöglichkeit, Zuschüsse in ausreichendem Maße zur Verfügung zu stellen. Auch auf diesen Gebieten steht die Stadtgemeinde achselzuckend vor der Unmöglichkeit, irgendwenn nennenswerte Leistungen auszuführen. Ueberall bei den nur kurz gestreiften sozialhygienischen Fragen greift das Gespenst des leeren Säckels dem eine Lösung Suchenden entgegen. Ueberall klingt das trostlose Wort zurück: Sparen, sparen an allen Enden. Sparen an allen den Stellen, die das eigentliche Gebiet der Gemeindefürsorge darstellen.



Demonstration der Leipziger Arbeiterschaft!

Dienstag, den 13. Juli, nachmittags 5 Uhr auf dem Augustusplatz

Gegen den Lebensmittel-Wucher! Gegen die Schließung der Betriebe! Gegen den Abbau der Erwerbslosen-Unterstützung! Gegen den Steuerabzug!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Beamte! Erscheint zu dieser wichtigen Kundgebung in Scharen.

Nicht ein Leipziger Arbeiter darf fehlen! Frauen! Seid zur Stelle!

Auf, zur Massen-Demonstration!



Weit gemacht werden kann dieser Tiefstand unserer städtischen Hilfsmittel auch nicht dadurch, daß die werdenden Unternehmungen durch fortgesetzte Preissteigerungen von der Bevölkerung Ueberflüsse auszupressen versuchen.

Die Entscheidung über die Verwendung der Stadtmittel liegt nicht in der Hand der Stadtverwaltung selbst, der mit gebundenen Händen und Füßen nur eine flüchtige Bewegungsfreiheit, nur der Schein des Verfügungsrechtes verblieben ist. Erst kommt die Erfüllung der gesetzlich oder vertraglich festgelegten Verpflichtungen und danach erst die für die Gemeinde selbst übrigbleibenden Kulturleistungen. Die sozialhygienischen Aufgaben sind nur ein Teil, nicht der unwichtigste Teil dieser Kulturleistungen. Aber sie müssen trotz ihrer Notwendigkeit liegen bleiben. Betroffen wird von diesem Ausfall aber vor allem die Arbeiterschaft, die doch das größte Interesse daran haben muß, daß sie in ihrer Gesundheit die weitestgehende Förderung und Unterstützung erfährt. Verkümmert die Sozialhygiene in den Gemeinden, so verkümmert die Leistungsfähigkeit des Arbeiters, verkümmert das heranwachsende Geschlecht der Arbeiterjugend. Mit Klammerschmerz aber an einen Wiederaufbau der Kriegsrüinen unseres Wirtschaftslebens heranzugehen, wird ein ausichtsloses Unterfangen werden.

Beider stehen wir noch vor den Anfängen der Sozialisierung der Volkswirtschaft. Die Versuche, die Klaffenden Lücken zu stopfen, können bestenfalls nur Pflaster sein. Aber dürfen wir, auf die Gefahr hin, die Gesundheit der wertvollsten Arbeiterschaft von Grund aus zu untergraben, die Versuche hindern, die

letzten Endes wegen ihrer Unzulänglichkeit doch nur zu einer Beschränkung der Vergeßlichkeit der Produktionsmittel als einziger Rettung führen müssen? Dr. Poppe.

Der Leipziger Lehrerverein an die jungen Leipziger Lehrer.

Einen Höhepunkt im Leben des Vereins, der nächsten Jahr sein 75jähriges Bestehen feiert, bedeutete in der letzten Sitzung die Rede des 1. Vorsitzenden Frh. Barth, an die jungen Kollegen. Er führte u. a. aus:

Wir brauchen Begeisterung und neuen Mut, damit die Organisationsarbeit nicht erstarre und die Arbeit nicht unterbrochen wird. Niemand hat das Recht, den Heranwachsenden den Mut tat zu schlagen und dem jungen Geschlecht in die Begeisterung zu spülen. Seht euch die Alten an! Was haben die getan? Ihr Streben galt der Freiheit der Pädagogik und des Lehrstandes. Die Unbedürfnisse der Freiheit waren die Kirche und jene einseitig orientierte Oberschicht, die die Bildung als Luxus und die breite Masse nur als Mittel zum Zweck der Steigerung der Leistung für die herrschende Klasse ansah. Wir sehen in der Bildung keine Dressur, sondern ein freies Wachstum durch Erfahrung und Selbsttätigkeit. Die Arbeitsschule legt neue Lehrerbildung voraus; die Pädagogik muß an der Universität den ihr gebührenden Platz erhalten. Musterschulen sind damit zu verbinden. Die Alten aber waren nicht nur Kämpfer, sondern auch Baumeister. Von der Universität und den Lehrerbildungsanstalten sind die Fortschritte im Schulwesen nicht gemacht worden. Arbeitsschulbestrebungen, Kunst-erziehung, Jugendfortbewegung, Pädagogisches Institut, Comeniusbibliothek, Heimatmuseum haben ihren Ursprung in der Volksschullehrerschaft selbst. In Hinblick auf eine geschlossene und entschlossene Phalanx wurden das Vereinshaus errichtet, das Kampforgan Leipziger Lehrzeitung gegründet, der Verein zur Gewerkschaft umgewandelt. Das ist ein Bau, der sich sehen lassen kann, und die Jungen müssen nun mitarbeiten; sie sollen einst Werkzeug und Waffen aus den Händen der Alten übernehmen. Der soziale Gedanke sei ihr Leitstern. Die Masse will loskommen vom Druck, von der Arbeit für fremdes Privatinteresse. Man wünscht ein Vaterland, das nicht nur ein Wort ist, sondern das ein Anrecht gibt. Die Enttäuschungen einer ganzen Klasse lassen sich nicht mit Gewehren niederknallen. Christliches Verstehen muß gesucht werden. Auch unsere Arbeit liegt in dieser Richtung. Wir brauchen den Zusammenhang mit den Eltern; wir sind keine Bildungsbeamten, keine Bildungsbureaucratie. Wir müssen den Eltern klar machen, daß ein besser gebildeter und sozial geachteter Lehrstand die Schule hebt. Die große äußere Gefahr auf unserer Bahn nach auswärts ist der unheimliche Diktator Stinnes und seinesgleichen. Die Presse wird zu einer Ware, ohne daß wir es merken. Bürgerliche Zeitungen mit wenigen Ausnahmen werden aus Geschäftsinteresse auf die Meinung der Stinnespresse Rücksicht nehmen. Widerlicher Meinungsgeflecht der Kriegsgewinnler und Steuerbedrängten wird sich auf das ganze deutsche Volk legen. Das wird geklärt, seine Meinung geklärt. Wie an einer eisernen Mauer werden Kulturforderungen zurückspringen. Augen auf gegenüber dieser Gefahr bei Wahlen, bei Anschlag an Parteien und politische Lehrervereinigungen. Wahrhaftig Wurzel fassen im Volke werden wir nur durch unsere Berufsbearbeit. Der tüchtige Lehrer, der Freund der Jugend, wird auch der Schule Freunde gewinnen. Die Bahn dazu ist frei durch unser Uebergangs-gelbes, das uns die Selbstverwaltung gebracht hat. Selbstver-waltung heißt aber sich selbst mitverantwortlich fühlen, mitarbeiten und nicht fruchtlos räsonnieren. Eine innere Gefahr für unsere Bestrebungen besteht darin, daß wir uns selbst aufgeben könnten. Die Selbstverwaltung ist nicht geklärt, wenn wir sie nicht verteidigen. Wenn der nächste Landtag nicht aus Vertretern der fortschrittlichen Volksmehrheit besteht, bringt das neue Schulgesetz das infame System der Autokratie zurück. Ihr Augen, überleuchtet durch die Tat die Zweifler, Mörder und Mithrasiten. Lassen Sie sich weder Ihre Jugend, noch Ihre Unerschrockenheit zum Vorwurf machen bei der Verteidigung der Ideale der Lehrerschaft. Die Freiheit fällt keinem in den Schoß. Wehe dem Schwächling und Feigling, der alles von andern erwartet!

Ratsbeschlüsse.

Zur Besoldungsreform. Den Beschlüssen der Stadtverordneten zur Vorlage über die Besoldungsreform wurde vom Rat beigetreten. Es wäre auch merkwürdig, wenn der Rat nicht schließe die hohen Beamtengehälter in Sicherheit gebracht hätte. Stadträte bis 45 000 Mk., II. Bürgermeister 30 000 Mk., Oberbürgermeister 77 500 Mk. — Beiräte erfolgt sofort.

Der Rat teilt nicht bei: Das dem Räte von den Stadtverordneten zur Berücksichtigung überzogene Geschäft des Deutschen Vereins für Buchwesen und Schrifttum um Erhöhung des Jahresbeitrags von 20 000 Mk. auf 30 000 Mk. beschloß man abzulehnen. Den Stadtverordneten ist Mitteilung zu machen.

Bewilligt wurden 137 000 Mk. für Anschaffung von Vieh und Inventar und 30 000 Mk. als Berechnungsgeld für bauliche Herstellungen im Rittergut Kleinschöcher zu Lasten des Stammvermögens. Zustimmung der Stadtverordneten ist erforderlich.

Schaden vom März. Zur Befreiung der während der Märzunruhen an städtischem Eigentum entstandenen Schäden beschloß man ein Berechnungsgeld von 300 000 Mk. in Konto 42 ao./20/21 einzustellen und besondere Zustimmung der Stadtverordneten einzuholen.

Die Steine.

Von Konrad Boele.

12]

Ich bin also verrückt! Nun will ich auch noch Herzenslust verrückt sein. Jetzt kann ich denken, was ich will. Wenn meine Frau nicht da ist, kann ich sogar tun, was ich will, dachte Unbehau mit Galgenhumor. Er hatte sich die Spieluhr, mit der Hans seiner Musikleidenschaft Genüge getan hatte, in den Laden geholt um sie zu verkaufen, wie er seiner Frau angab. Aber er verdrang sie so künstlich unter einem Haufen alter Sacke, daß er manchmal lange nach der Kurbel suchen mußte, um immer das gleiche Stückchen, einen Walzer aus dem armen Jonathan, über die Rollen laufen zu lassen. Die seinen, durch die Verpackung äußerlich gedämpften Tönen brachten seine Gedanken allerdings immer zu seinem Sohn zurück, und er dachte nicht eigentlich was er wollte sondern was er mußte. Diese Zwangsvorstellungen waren ihm ärgerlich, er nahm ein abgegriffenes Exemplar der Mundfische-Gibt zur Hand, das seit vielen Jahren auf einen Käufer wartete und schlug die Decke des stillosen Handbuchs auf.

Denke und handle so, daß dir niemals die Achtung vor dir verloren gehe.

Achte deinen Nächsten wie dich selbst. Diene der Gemeinschaft, der du angehörst. Fühle dich als Werkzeug des stillen Ideals.

Als ordentlicher Mensch sing er an, den ersten Satz auf seine eigenen Schwierigkeiten anzuwenden.

Ohne Zweifel kann ich mich nicht mehr achten. Warum nicht? Ich fühle mich doch als Werkzeug, ich wollte doch der Gemeinschaft dienen. Ich achte den Nächsten nicht wie mich selbst. Hans war aber gar kein Mensch. Gottlieb nannte ihn ein Stück Fleisch. Ich handelte aus Egoismus, weil mir mein Sohn zumider war. Er war mir jedoch gerade so aus sittlichen, als aus selbstlichen Gründen zumider. Und wir können nicht anders als egoistisch handeln. Wieviel habe ich hierin Unrecht. Kleine Kinder ver-

schenten manchmal ein Stückchen Kuchen, aber nur wenn sie satt sind. Wegen dieser Tat brauchte ich die Achtung nicht vor mir zu verlieren. Ich habe sie auch nicht über die Tat, sondern über die Tatsache des bösen Gewissens verloren. Die Spartaner empfanden über dergleichen keine Gewissensbisse. Die Moralanschauungen ändern sich im Lauf der Zeiten, das Gewissen kann also nicht die Stimme Gottes, sondern nur die der jeweils geltenden Moral sein. Es ist bedingt durch die Anschauungen, in denen wir aufgewachsen sind, und je nach den Altersstufen des einzelnen Menschen verschieden. Ein Kind weint über den fahrlässigen oder absichtlichen Mord einer Maus, während ein Erwachsener zum Sport Seevögel vom Schiff aus schießt, obgleich seine Opfer ganz nutzlos dieser Schillingen. Es ist also die Furcht vor der Strafe, die mich ängstigt. Freilich nicht allein, denn ich sehe vor meinem geistigen Gesicht steht fest, meine Tat war unnatürlich, ich war nicht der Berufene dazu. Der Einzelne kann nicht über das Leben eines andern entscheiden, das können nur die führenden Vertreter des Volkes mittels der Gesetze. Das Volk ist eine höhere Einheit. Völker dürfen einander töten, die höheren Einheiten haben also die niedrigere Moral. Der Egoismus eines Sechsmillionenvolkes ist jetzt Millionen mal berechtigter als der eines Einzelnen; wenn aber der Egoismus für den Einzelnen unmoralisch sein soll, dann ist er es auch für das Volk, und zwar sehr Millionen mal unmoralischer. Das ist doch komisch. Ich bin nur froh, daß ich verrückt bin. Heutzutage werden die Kriege auch von Einzelnen angezettelt, und man hörte nie, daß diese Anstifter ein böses Gewissen hätten; im Gegenteil, sie achten sich hoch. Ich habe die Achtung vor mir verloren, weil ich ein feiger Schwächling bin. Aber warum bin ich ein solcher Feigling?

Er suchte sich damit zu beruhigen, daß es von jeder starke und schwache Naturen gäbe.

Ich bin eben ein gewöhnlicher, fürchtbar nebenmenschlicher Staatsbürger. Was will ich denn mit Ehrlichkeit? Oder gar mit Volk!

darf. Für mich langt der kleine Katechismus. Ich laus wollte sozusagen in das Rad des großen Geschickens eingreifen, selbstverständlich bin ich dabei zerquetscht worden. Lange Ueberlegungen sind geradezu vermessend.

Wenn mehr Kunden in seinen Laden gekommen wären, hätte er seine Gedanken nicht so spazierenführen können; aber der Andrang in sein Geschäft war sehr gering. Unter diesen Umständen mußte er notgedrungen auf seine Sammlung zurückkommen. Er sah ein, daß ihn Gottlieb und seine Frau um seinen Lebenszweck betrogen hatten. Seine Frau hatte die ganze Sammlung verkaufen wollen, Gottlieb hatte jedoch abgeredet: Ware, und sei es auch eine so unnütze wie diese Steine, sei jetzt immer noch besser als Papiergeld. Unbehau durfte also ruhig seine Schätze weiter ordnen und etikettieren; er sollte sogar in dem Glauben gefaßt werden, als würde seine Sammlung einstmals der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden, aber er begriff, daß er getäuscht wurde, und verlor die Lust und Liebe dazu. Zuerst hatte er sich große, glänzende Stücke mit in seinen Laden hineinuntergenommen, um sich an ihrer Schönheit zu erfreuen. Aber allmählich erschien ihm das Gefunkel eitel und er umgab sich wie ein Seevögel mit Felsbrocken. Die größten Handstücke vulkanischer und plutonischer Gesteine waren ihm noch nicht groß und schwer genug, und er schleppte ätzend eine schwarze, zentnerschwere Basaltkugel nach unten, desgleichen einen gewaltigen Eisdalener Porphyrvandling, der vom Eise geschnitten war, ein stolzes, gewichtiges Stück, außerdem eine ganz respektable Lavabombe vom Vesuv, einen Kiefern-aramitblock mit fingerlangen Kristallen und schwarzalänzenden Turmalinjobben und einen Klumpen Eklazit, der früher einmal von Granaten und Chrysolitstreifen geschnitten hatte, nun aber verstaubt und unscheinbar geworden war; denn er hatte ihn als Klumpen aus einem Serpentinbruch in Zöbitz davongeschleppt und in einer dunklen Ecke aufbewahrt.

Warum soll ich mich denn nicht wie ein Uebergeschnappter gebärden? fragte er sich und trieb mit diesen Steinen eine kindersichere Spielerei. Er weifte den Rasel dem Montag, weil eine Säule einen Wegweiser in der Zeit abwehrte.



Ein plumper Vorkriegsplan. Ein in Zivil gekleideter Feldwebel der Reichswehr verfuhrte dieser Tage bei einer Anzahl bekannter Genossen Anschlag zu finden. Unter anderem wandte er sich auch an den Genossen Schreiber, von dem er die Adresse der Leipziger Notar Armea wissen wollte, weil er den Dienst bei der Reichswehr nicht mehr mit seiner inneren Ueberzeugung vereinbaren könne, und weil es doch in vier Wochen losgehen. Dem Mann wurde gesagt, wenn er Vorkriegsplan treiben wolle, dürfe er es nicht gar zu dumm anfangen. Trotzdem bemühte sich der Herr Feldwebel noch weiter, bis ihm eine Tracht Prügel angeboten wurden, worauf er dann verduftete.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtvorordneten findet Mittwoch, den 14. Juli, nachmittags 5 Uhr, statt. Das Kollegium wird unter anderem beraten über einen Antrag wegen Besserung und einwandfreier Meldebefreiung der Stadt; über die Rückübernahme des Rates wegen Erhöhung der Karten- und Luftfahrtssteuer sowie der Miet- und Pachtverpflichtung; über die Gewährung eines weiteren Darlehens an das Rathaus für die Meldebefreiung; über eine Eingabe wegen unentgeltlicher Ueberlassung der städtischen Turnhallen an die Turnvereine; über die Gewährung von Zuschüssen für die Ausschussangehörigen auf August und September d. J.; über eine Eingabe wegen Regelung der Besoldung der Hilfsangehörigen; über die Neufestsetzung der Schulgebühren usw. an den höheren und gewerblichen Schulen; über die Bewilligung von Berechnungsgeld zur weiteren Erhöhung der Gehälter; über die Rückübernahme des Rates, bezw. die Arbeiterentlassungen und das Ortsgefes über den gemischten Ausschuss für die Straßenbahnen (Berwaltungsrat); über Venderung der Gebührenordnung für den Vieh- und Schlachthof, Einführung einer Fleischversteigerungsgeld usw.; über eine Eingabe wegen Ermäßigung des Gaspreises für die Erwerbstätigen.

Ergebnis der Gemeinderatswahl in der 1. Volksschule, Volta-Institut. 1. Ausgegeben wurden 808 Ausweise. Abgegeben wurden 480 Stimmen. Die unpolitische Liste erhielt 210 Stimmen, die U.S.P. 176 Stimmen. Danach entfallen auf die unpolitische Liste 6 Sitze, auf die U.S.P. 3 Sitze.

Die Viehhalle auf dem Markt in Leipzig wird nicht, wie früher geplant, nach dem Abbruchplan verlegt, sondern verbleibt auf dem Marktplatz vor dem Alten Rathaus, da die Käufer sich bereit erklärt haben, die Kosten für den jedesmaligen Abbruch und Wiederaufbau zu tragen. Nach der Herbstmesse wird die Halle abgebrochen, zur Frühjahrsmesse 1921 aber wieder an derselben Stelle aufgebaut werden.

180 000 Einladungen zum Besuch des Leipziger Herbstfests sind jetzt an inländische Firmen abgegangen, nachdem vom Reichamt bereits über 100 000 Einladungen in das Ausland verlegt worden sind. Die frühzeitige Anmeldung bietet dem Meldebefreienden Vorteil, daß er das Einfuhrabzeichen bei vorzeitiger Bestellung (bis 5. August) zu einem um 5 Mt. ermäßigten Preis erhält und daß er sich durch den Wohnungsnachweis des Reichamts eine preiswerte Wohnung vermitteln lassen kann. Außerdem übernimmt die Theaterkasse des Reichamts die Befreiung von Eintrittskarten zu allen während der Messe stattfindenden Veranstaltungen, insbesondere zum Gewandhauskonzert und den Vorstellungen in den städtischen Theatern, die während der Messe bekanntlich regelmäßig ausverkauft sind.

Ein Besondere in der U.S.P. Am 7. Juli fand eine gutbesuchte Versammlung der in der U.S.P. organisierten Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten statt. Genosse H. Harze sprach in einem zwei Stunden dauernden Referat über die historische Entwicklung zum Sozialismus. Der Überaus starke Beifall, der dem Referenten nach Schluß seiner Rede von der Versammlung gesandt wurde, erbrachte den Nachweis, welches Verlangen innerhalb der Beamtenkreise nach derartigen lehrreichen Vorträgen herrscht. In der anschließenden Debatte unterhielten sämtliche Redner die Ausführungen des Referenten und brachten zum Ausdruck, daß für die Beamten als politische Partei nur die U.S.P. in Frage kommen kann. Nach Verbesserung verschiedener Redner, innerhalb der Beamtenkreise für die U.S.P. zu wirken, fand die interessante Versammlung ihr Ende.

Das Endspiel um die deutsche Meisterschaft des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Am Sonntag, dem 11. Juli, fand in P.-Lindenau das Endspiel um die deutsche Meisterschaft statt. Der Endkampf brachte dem Turn- und Sportverein Fürth t. B. den Sieg mit 3:2. Brautzeit 0:0, Eden 3:1. In der ersten Halbzeit beiderseitig taufend, nahm der Kampf nach der Pause interessanter Formen an. Das fache vorbildliche Kombinationspiel der Fürther, ihre rasenden Rufe und das nordisch unheimliche Spiel der Mannschaften brachte den Sieg über den maßigeren aber schon Gegner Sportklub Eiben-Erfurt, den Fürth bald selbstständig unterstellt hatte. Es war ein Meisterstück, gleich ehrenvoll für beide Mannschaften. Rund 5000 Zuschauer wohnten bei herrlichsten Wetter dem hochinteressanten Spiele bei.

Belohnungen beim Ankauf von Tieren. Das Ernährungsamt der Stadt Leipzig sendet uns folgende Zuschrift: Es wird erneut darauf hingewiesen, daß außer Rindern auch Schweine, Schafe, Lämmer, Ziegen und Ferkel nur gegen Ankaufbescheinigung oder Einfuhrbescheinigung erworben werden dürfen, gleichgültig, ob die Tiere inner- oder außerhalb Sachsens erworben werden sollen. Der Antrag auf Ausstellung der Belohnungen ist beim Ernährungsamt, Neues Rathaus, 2. Obergeschoss, Zimmer 423, zu stellen, bevor der Ankauf erfolgt. Auf Erwerb ohne vorgeschriebene Belohnung können Strafen und die Einschleppung des Viehes.

Der Elster-Saale-Kanal. Die Handelskammer Leipzig hat sich in ihrer öffentlichen Gesamtsitzung mit dem sächsischen Staat und dem Reich abzuführenden Staatsverträge über den Uebertrag der sächsischen Wasserstraßen auf das Reich und der dadurch für den Elster-Saale-Kanal geschaffenen Lage befaßt. Einmündig wurde eine Entschließung gefaßt angenommen. Es wird in ihr gesagt, die sächsische Regierung habe den dringenden Wunsch der Handelskammer Leipzig erfüllt und sich entschlossen, die technischen Vorarbeiten des Elster-Saale-Kanal-Projektes schleunigt durchzuführen, das werde dankbar anerkannt. Um so größer sei die Enttäuschung, daß in dem jetzt zwischen Sachsen und dem Reich über den Uebertrag der sächsischen Wasserstraßen auf das Reich abzuführenden Staatsverträge nur von der Elbe die Rede sei und der Elster-Saale-Kanal mit keinem Worte erwähnt würde. Wegen dieser Vernachlässigung erhebe die Handelskammer Leipzig mit aller Entschiedenheit Einspruch, und der Rat der Stadt Leipzig und die Leipziger Kanalgesellschaft schloßen sich diesem Einspruch an. Das Reich habe die Pflicht, den Elster-Saale-Kanal zu bauen. Das Reich müsse weiter die Kanalisierung der Saale von der Einmündung des Elster-Saale-Kanals in die Saale bis zu deren Mündung in die Elbe durchführen und gleichzeitig mit dem Bau des Mittellandkanals auch einen Verbindungsplan von diesem zur Saale herstellen, um auf diese Weise Sachsen und auch das preussische Saalgebiet und Thüringen an den Mittellandkanal anzuschließen. Handelskammer Leipzig, Rat der Stadt Leipzig und Leipziger Kanalgesellschaft erwarteten mit Bestimmtheit, daß das Reich und die sächsische Regierung dafür Sorge trügen, daß entsprechende Bestimmungen in den Staatsvertrag aufgenommen würden.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Täglich von 9 bis 6 Uhr auf alle Nummern Mischfleisch, Gekochtes und Wurst, Wolf-Kleinfleischer von 4-8 Uhr Nr. 110-1100 Fleisch zum Höchstpreis. Müller-Connwitz von 8-11 Uhr Nr. 451-750 zum Höchstpreis.

Schlachthof, Schumann II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Hauswirtschaft Ausgabe von einer Dose Rinderfleisch 7,40 Mt. und einer Dose Roberpats 4,80 Mt. sowie dänischer Fleisch-Würstel.

### Polizeinrichten.

Kohheit eines Trunkenen. Am 1. d. M., abends gegen 1/2 12 Uhr, ist ein junges Mädchen in der Dainstraße vom Brühl aus auf der rechten Straßenseite, nachdem sie etwa ein Drittel der Straße hinter sich hatte, plötzlich von einem etwa 30 Jahre alten, mittelgroßen Mann, der mit noch zwei andern Männern aus einer Schankwirtschaft oder aus einem Hause kommend die Straße betrat, im Gesicht und am linken Oberarm gepackt und unter einer gemeinen Bedenart auf die Straße geschleudert worden. Offenbar waren die drei Unbekannten angetrunken. Das Mädchen hat dabei eine schwere Knieverletzung erlitten, die sich verheeren verheeren dürfte, daß es nach dem Krankenhause gebracht werden mußte. Zeugen des Vorfalls, insbesondere die Frauen, die hinzukamen und sich der Verlesenen annahmen, werden gebeten, sich recht bald bei der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

### Lebensmittellisten für Dienstag, den 13. Juli.

Für Haushaltungen. **Umschlagung, Telegarten und Vaterkosen:** Leber 200 g, Schinken 1 E und K und 5 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (100 Gramm); Jungs-Lebensmittelliste III für Kleinkinder (100 Gramm Telegarten); Fleischmarkenreife V 1-5 (100 Gramm Telegarten). **Kartoffeln:** Abzugeben H 1, H 4. **Reife für Kinderorten:** Abgabe der Marken A 1-A 4 an bekannte Verkaufsstellen. **Umschlagung, Gruppen:** Leber 200 g, best. mit 1 E und K der neuen Lebensmittelkarte Reihe P (100 Gramm); Jungs-Lebensmittelliste III für Kleinkinder (100 Gramm); Fleischmarkenreife V 1-5 (100 Gramm). **Lebensmittel für Kleinkinder:** Beginn - best. mit H 1, M 1, N 1, 2, 3 der neuen Lebensmittelkarte H 1, H 4, H 8. **Lebensmittel für Schwangere:** Beginn - best. mit S N 1 der neuen Lebensmittelkarte für Schwangere usw. **Zeit für Schwangerschaft:** Warenentnahme in der Verteilungsstelle der Gattin auf Marken A 1 bis A 4 für Nr. 1-300 des Ausweises.

Für Händler. **Kartoffeln:** Beausartur- (Ka 225) Ablieferung. **Butter- und Kakaopelle:** Beausarturablieferung.

### Arbeiterturn- und Sportbund.

Leipzig, den 14. Juli, abends 8 Uhr, findet Beausarturablieferung der Beausartur in Zusammenarbeit mit dem Reichsamt Ernährung und Sport statt. **Lebensmittel:** Abgabe der Marken A 1-A 4 an bekannte Verkaufsstellen. **Umschlagung, Gruppen:** Leber 200 g, best. mit 1 E und K der neuen Lebensmittelkarte Reihe P (100 Gramm); Jungs-Lebensmittelliste III für Kleinkinder (100 Gramm); Fleischmarkenreife V 1-5 (100 Gramm). **Lebensmittel für Kleinkinder:** Beginn - best. mit H 1, M 1, N 1, 2, 3 der neuen Lebensmittelkarte H 1, H 4, H 8. **Lebensmittel für Schwangere:** Beginn - best. mit S N 1 der neuen Lebensmittelkarte für Schwangere usw. **Zeit für Schwangerschaft:** Warenentnahme in der Verteilungsstelle der Gattin auf Marken A 1 bis A 4 für Nr. 1-300 des Ausweises.

### Sächsische Angelegenheiten.

Die Krise auf dem Arbeitsmarkt. Die seit dem Mai d. J. in besonders scharfer Weise hervorritt, wird im Reichsarbeitsblatt in der Hauptsache darauf zurückgeführt, daß die Überbewertung der Mark an den Weltbörsen die Preise für

deutsche Ware den Weltmarktpreisen angefallen, den Inlandsmarkt für deutsche Erzeugnisse nahezu verschlossen und im Inlande die Kaufkraft, deren Kaufkraft ohnehin fast erschöpft war, zu einer spekulativen Inflation veranlaßt hat. Die Folge ist, daß in sächsischen Industrie- und Auslandsabnahmestädten und Betriebsverhältnissen und Stilllegungen immer mehr um sich greifen. Am schwersten betroffen sind die Lederindustrie, die Webindustrie und die Konfektion, an deren Hauptabnehmern die Erwerbslosigkeit am stärksten gewachsen ist. Die Aussichten sind äußerst unglücklich, wenn es nicht gelingt, durch die seitens der Regierung eingeleiteten, bisher in erster Linie auf Verhinderung weiterer Kohlenpreiserhöhungen zielenden Maßnahmen, den Preisrückgang in einen organischen Preisrückgang überzuführen.

Ueber die Lage des Arbeitsmarktes in Sachsen insbesondere schreibt die Sächsische Industrie, daß die bereits im April beobachtete Verschlechterung des Arbeitsmarktes unter dem Einfluß der ungünstigen Wirtschaftslage im Mai weiter um sich gegriffen hat. Die Zahl der Arbeitslosen hat zugenommen, während die Zahl der offenen Stellen in noch stärkerem Maße zurückgegangen ist. Arbeitsentlassungen und Betriebsveränderungen mühen (!) in größerem Umfange vorgenommen werden, da Aufträge aus dem In- und Auslande zurückgelassen wurden. - Leider ist auch im Juni keine Besserung, sondern vielmehr eher noch eine Verschlechterung eingetreten.

In der sächsischen Metallindustrie waren am 1. Juli sechs Betriebe völlig stillgelegt. In 71 Betrieben wurde die Arbeit ausgesetzt und 28 Unternehmungen sehen sich zur Veräußerung der Arbeitskräfte gezwungen. Infolgedessen sind 453 Arbeiter völlig arbeitslos geworden, während von den Einschränkungen 5851 Arbeiter mehr oder weniger hart betroffen worden sind. In allen Betrieben haben die Unternehmer und Arbeiter vorher miteinander verhandelt, ehe sie zu dieser Maßnahme schritten. Es ist selbst zu befürchten, daß die Betriebsveränderungen eher als abgemildert werden.

In Dresden sind 17 Schuhfabriken vollständig stillgelegt, und in 8 andern Betrieben ist die Arbeit eingestellt worden. Im ganzen sind etwa 800 Entlassungen zu verzeichnen. Die größte Dresdener Schuhfabrik, die etwa 300 Leute beschäftigt, wird Anfang August mit verkürzter Arbeitszeit den Betrieb wieder aufnehmen.

Ähnliche Nachrichten kommen auch aus andern Orten und andern Betrieben. Ueberall machen sich die ungeliebten Folgen des Krieges in ihrer ganzen Schärfe bemerkbar und zeigen zugleich die Unmöglichkeit, mit Hilfe der kapitalistischen Wirtschaft aus der Not und dem Elend herauszukommen. Denn die von den Industriellen angebotene „Zwangslöhne“, Arbeiter zu entlassen, ist faktisch bedingt durch die Profitinteressen der privatkapitalistischen Unternehmer, die die Produktion laibieren und Hunderttausende von Arbeitern auf Wasser werfen, um bei dem allgemeinen Zusammenbruch möglichst viel für sich zu retten. Das beweist aber auch, daß ohne sozialistische Maßnahmen der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens unmöglich ist.

### Die Regierung möchte gern, aber die Salikamer dulden's nicht.

Ein Gegenstand zu der Ministerial im Ministerial anlässlich des Besuchs, den Obersten Wilmoff zu verfallen, ist sich gegenwärtig im sächsischen Truppenlager Zeitheim ab. Nach Zeitheim wurden vor einiger Zeit die Mannschaften des Freikorps von Kulsd gebracht, die früher bei den Kapp-Unruhen in Breslau zu Hilfe gerufen wurden zur Unterdrückung der Bewegung, die im Anmarsch an den Generalstab ausgesprochen war. Hierbei verwarnt unser Genosse Schottländer, Redakteur unseres Breslauer Arbeiterorgans, ebenso ein anderer Genosse. Sie sind, wie inwieweit festzustellen wurde, ermordet worden. Man hat die Leiche Schottländers gefunden. Wir haben von dem Begräbnis berichtet und von der Anteilnahme des Breslauer Arbeiterorgans.

Ein Leutnant v. Bannowick vom Freikorps Kulsd wurde nun beschuldigt, an der Ermordung Schottländers mitgewirkt zu haben. Wie immer in solchen Fällen, gelang es ihm, ins Ausland zu entweichen. Deswegen ein mißbehelligter Oberleutnant Schmitt doch schon auch ande in starkem Verdacht; einer weiteren Anzahl Offiziere und Mannschaften wird zur Last gelegt, an der Beteiligung Schottländers in Demuth teilgenommen und Mithandlungen anderer Personen verübt zu haben. Der Untersuchungsrichter von Breslau mußte sich entschließen, gegen 15 Personen Haftbefehle zu erlassen. Aber die mit ihrer Vernehmung beauftragten Polizeikommissionen sind außerstande, sie zu verhören, wie uns gemeldet wird, wegen der Folgen, die sich daraus ergeben könnten! Bis zum 15. Juli bleiben daher die Beschuldigten unbestraft. (1) Die Beamten vernehmen unterdessen in Zeitheim sächsische Mannschaften. Natürlich haben die 15 Beschuldigten gegen die Haftbefehle Beschwerde erhoben mit der Behauptung, es lägen keine Gründe zu einer solchen Maßnahme vor. Auch General Schmitt von Wilsack aus Leipzig weiß diese Tage in Zeitheim. Die beschuldigten Offiziere haben ihr Ehrenwort gegeben, nicht fliehen zu wollen, da sie gar keinen Anlaß dazu hätten.

Man kennt ein solches Ehrenwort aus dem Vorgehen, wie sie aus dem Ministerialbericht bekannt sind. Die Offiziere behaupten, die Haftbefehle hätten sich zum Teil auf Aussagen von Soldaten, die wegen Diebstählen an Offizieren erlassen worden seien.

Der Führer des Freikorps von Kulsd ist in Berlin verhaftet worden und befindet sich in Untersuchungshaft. Der Weiterentwicklung dieser Angelegenheit liegt man namentlich in Sachsen und in Schlesien mit Spannung entgegen.

### Kleine Chronik.

Drittes Konzert der Gesellschaft für deutsche Volkshilfe. „Leipziger Haus- und Gesellschaftsmusik des 17. Jahrhunderts“ wurde am Sonntag früh im Palmengarten abgehalten. Eine recht interessante Vortragsgesellschaft, von Prof. Schering kurz erläutert, vermittelte altväterliche Weisen, die das Collegium musicum der Universität mit einer für Dissonanten recht angenehmen Auffassung wiedergab. Klein und Wieder jener Zeit laus Frau Schmidt-Bugler mit altem starkem dramatischem Vortrag. Nach „Der“ sah ich mich in der Gesellschaft für deutsche Volkshilfe verabschieden.

Belohnungen. Die vom Verein Leipziger Volkshilfe herausgegebenen 100 000 Mark können täglich von 10 bis 6 Uhr im Bureau der Volkshilfe, Bayerische Straße 8, 1. Etage, oder während der Wachen an der Wendenstraße genehmigt werden. Es wird ausdrücklich betont, daß die Belohnungen-Inhaber keinerlei Haftpflicht übernehmen und daß jede Verpfändung zur Nachzahlung, wie z. B. bei Belohnungen mit befristeter Zahlung, ausgeschlossen ist.

Wörter in der Arbeiterfrage. In der Einführung des Schwantes in der Kasse sah der Kunde... von D. Stobiner und Max Berner am Dienstag in der Hauptrolle beschilligt die Damen: Elvira Gutierrez, Anna Del, Rosa Klau; die Herren: Karl Marx, Will Mele, Paul-Erich Wolter, Fritz Pfeiler. Die Spielzeitung liegt in den Händen von Hans Weidert, der auch die sonstige Hauptrolle spielt.

Konzert. Das Leipziger Solo-Quartett Prof. Rothig veranstaltet am Dienstag, abends 8 Uhr, ein Konzert in der Johannis-Kirche auf Veranlassung des Akademischen Sozialen Ausschusses der Universität. Der Vertrag ist für einen Abendkonzert des H. S. V. angefallen und Studenten-Ausschusses für soziale Jugendhilfe bestimmt. Eintrittskarten im Vorverkauf (bei Frau Post, Peterssteinweg; Paul Eger, Poststraße 14; C. A. Klemm, Neumarkt; Kottstein, Post, Unterstadt), sowie an den Abendkonzerten.

Wagner-Ring-Geheimnisoffenlegung. Der Leipziger Kunstverein, dessen Vorstand Max Ringger lange Jahre hin durch angehört und der jetzt an der vorläufigen Ruhestandsfeier Ringgers, im Leipziger Museum der bildenden Künste, seinen Sitz hat, betrachtet es als seine Ehrenpflicht, in einer möglichst umfassenden Ausstellung die Kunstwerke des Meisters zu eindrucksvoller Ueberlieferung zu veranlassen. Diese feierliche Veranstaltung soll die neue Ausstellungsperiode im September eröffnen und zwei Monate dauern. Um eine möglichst erschöpfende Veranstaltung von Max Ringger Schaffen geben zu können, erlaubt sich der Vorstand des Leipziger Kunstvereins, an alle Künstler Ringger'scher Originalwerke mit der Bitte heranzutreten, die Leipziger Ringger-Ausstellung durch gütige Darlehen von 10 bis 20 Gemälden zu bereichern. In erster Linie erwünscht sind Werke der Malerei und Plastik, sowie alle irgendwo dem Ringger Originalzeichnungen, Aquarelle und dergleichen, während das Graphische Werk Ringgers beinahe vollständig in der Graphischen Sammlung des Museums vorhanden ist und von dieser zur Ausstellung beigesteuert wird. Der Kunstverein übernimmt selbstverständlich den Transport und hat für unbeschädigte Rückgabe der Werke, beider Ringger'scher Originalwerke, die solche für die Leipziger Ausstellung fruchtlos zur Verfügung stellen wollen, werden um eine recht baldige Mitteilung an die Geschäftsstelle des Kunstvereins gebeten, da mit der Vorbereitung des Katalogs schonens begonnen werden muß. - Ein von dem Maler und Bildhauer Fritz Dastern angefertigtes Ringger-Relief ist in der Kunsthandlung Wittenebach, Grimmaische Straße, ausgekauft. - Die Ausstellung des Ringger-Raumes im Museum der bildenden Künste hat die städtische Gartenverwaltung besetzt.

Das Institut, die neue Zeitschrift des Institut, bringt in ihrem 5. Heft u. a. einen Aufsatz über den Fall Woganz in Wahrheit und Dichtung von Fritz Bergemann. Das Heft ist im Buchhandel, das in Leipzig 1924 hingestellt wurde, enthält hier eine sorgfältig historische Betrachtung. Das Heft enthält ferner eine Anzahl anderer Beiträge, kostet nur eine Mark und ist, wie wohl alle Veröffentlichungen des Institut, freibeiwillig auszugeben.







